

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung
Heft 7

Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien

von

Christian Wagner



UNIVERSITÄT ROSTOCK

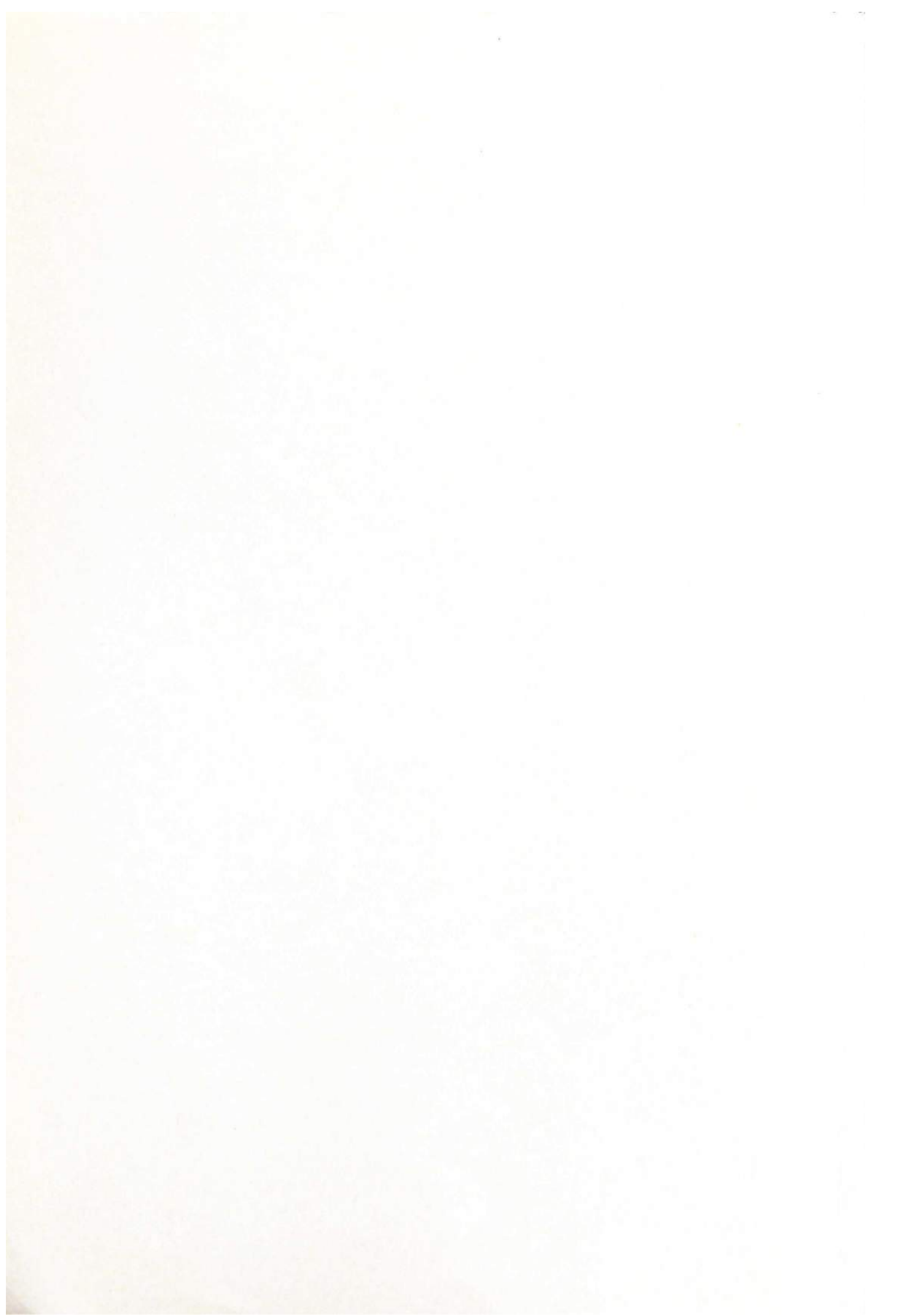
UB Rostock

MB

1100

R839

-7



Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien

von

Christian Wagner

Universität Rostock

Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

1997

Universitätsbibliothek Rostock
Fachbibliothek WiSo



UB Rostock
285 010 501 436



6131MB 1100 R839-7

HERAUSGEBER: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jürgen Rüland
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT: Autorenkorrektur

HERSTELLUNG DER DRUCKVORLAGE: Dr. Christian Wagner

ZITAT KURZTITEL: Wagner, Christian:
Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien/
von Christian Wagner. - Rostock : Univ., Inst. für Politik-
und Verwaltungswissenschaft, 1997. - 44 S. -
(Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung ; 7)

ISSN 0947-3025



613-EB 6222 E (7)

© Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock.
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
18051 Rostock

Tel. (0381) 498 3322 Fax (0381) 498 3328

DRUCK: Universitätsdruckerei Rostock 148/97

Inhalt

	Seite
Abkürzungen	4
Einleitung	5
1. 'Self-Reliant India': Das indische Staats- und Entwicklungsmodell nach der Unabhängigkeit	7
1.1 Die Institutionen des politischen Systems	9
1.2 Akteure auf nationaler Ebene: Die Parteien	11
1.2.1 Die Kongreßpartei	11
1.2.2 Die Anti-Kongreß-Koalitionen	13
1.3 Ausgewählte Politikfelder	14
1.3.1 Die wirtschaftliche Entwicklung	14
1.3.1.1 Die Industrie	15
1.3.1.2 Die Landwirtschaft	17
1.3.2 Sprach- und Minderheitenkonflikte	21
2. Politische und wirtschaftliche Veränderungen seit Anfang der 90er Jahre	24
2.1 Neue nationale Akteure: Der Aufstieg der Bharatiya Janata Party (BJP)	26
2.2 Die wirtschaftliche Reformen seit 1991	28
2.3 Die Parlamentswahlen vom Mai 1996	33
3. Perspektiven: Das indische Staats- und Entwicklungsmodell der 90er Jahre	38
Karte der Indischen Union	41
Literaturverzeichnis	42

Abkürzungen

AGP	Asom Gana Parishad
APEC	Asia Pacific Economic Cooperation
ASEAN	Association of South-East Asian Nations
BIFR	Board of Industrial and Financial Restructuring
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BJP	Bharatiya Janata Party
BSP	Bahujan Samaj Party
BSP	Bruttosozialprodukt
CPI	Communist Party of India
CPI-M	Communist Party of India-Marxist
DMK	Dravida Munnetra Kazhagam
HDI	Human Development Index
INC	Indian National Congress
IORI	Indian Ocean Rim Initiative
IPKF	Indian Peace Keeping Forces
JD	Janata Dal
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
NF/LF	National Front/Left Front
OBC	Other Backward Castes
RSS	Rashtriya Swayamsevak Sangh
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
SAD	Shiromani Akali Dal
SAP	Samata Party
SAPTA	SAARC Preferential Trading Arrangement
SP	Samajwadi Party
TDP	Telegu Desam Party
TMC	Tamil Maanila Congress
VHP	Vishwa Hindu Parishad
VN	Vereinten Nationen

Einleitung

Die Indische Union erweist sich auch 50 Jahre nach ihrer Unabhängigkeit 1947 als Land der Widersprüche. Am Umfang des Bruttosozialprodukts gemessen zählt das Land zu den zehn größten Industrienationen. Die kaufkräftige Mittelschicht, die konservativen Schätzungen zufolge 150-200 Mio. Menschen umfaßt, entspricht einem gemeinsamen Markt von der Größe der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens. Die Mitte der 80er Jahre eingeleitete und seit 1991 forcierte wirtschaftliche Liberalisierung hat zudem einen deutlichen Anstieg des Wirtschaftswachstums nach sich gezogen. Darüber hinaus gilt Indien als Nuklearmacht mit globalen Ambitionen, strebt einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an, verfügt über ein eigenes Weltraum- und Satellitenprogramm sowie eine eigene Rüstungsindustrie. Aufgrund seiner neuen wirtschaftlichen Dynamik, seines wissenschaftlichen und technologischen Potentials und seines Binnenmarktes gilt das Land vielen Beobachtern deshalb als einer der nächsten 'Tigerstaaten' im asiatischen Raum.¹ Zugleich ist die Indische Union die größte funktionierende Demokratie der Welt, die schwere innenpolitische Krisen, wie z.B. die Unruhen Anfang der 80er Jahre im Punjab oder die Ermordung von Premierministerin Indira Gandhi 1984, bislang unbeschadet überstanden hat. Die verschiedenen Regierungen haben im Lauf der Jahre verschiedene institutionelle und politische Mechanismen geschaffen, um die immer wieder auftretenden Konflikte zwischen religiösen, linguistischen, regionalen und ethnischen Minderheiten einerseits und der Zentralregierung andererseits friedlich beizulegen. Wie wichtig solche Regelungen sind, zeigen die gegenwärtigen Entwicklungen in 'Vielvölkerimperien' wie in der ehemaligen Sowjetunion oder Jugoslawien, die nach dem Ende des Kalten Krieges an den aufbrechenden Nationalitätenkonflikten zerbrochen sind.

Trotz dieser Errungenschaften steht das indische Staatswesen 50 Jahre nach der Unabhängigkeit weiterhin einer Reihe von Problemen gegenüber. Die bis Mitte der 80er Jahre verfolgte Wirtschaftspolitik der *mixed economy*, die plan- und marktwirtschaftliche Elemente miteinander verband, war nicht in der Lage, Armut und Unterentwicklung wirksam zu bekämpfen. Trotz zahlreicher sozio-ökonomischer Fortschritte seit der Un-

abhängigkeit leben noch heute - je nach Grundlage der Berechnung - zwischen 30 bis 40 Prozent der indischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum von ca. 3,5 Prozent seit der Unabhängigkeit war zu gering, um angesichts des Bevölkerungszuwachses von ca. 2-2,2 Prozent langfristige Entwicklungserfolge zu erzielen. Die Analphabetenrate ist besonders unter Frauen und in ländlichen Gebieten weiterhin hoch. Die materielle und soziale Infrastruktur gilt in vielen Bereichen, z.B. Transport, Energie, Telekommunikation, Wasser, Gesundheit, als veraltet, rückständig und unterentwickelt.² Der Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen (VN) stuft Indien infolge dessen nur auf Rang 134 ein.³ Die folgende Tabelle mit den wichtigsten sozio-ökonomischen Rahmendaten verdeutlicht die Entwicklungsprobleme der Indischen Union.

Tabelle 1: Sozio-ökonomische Rahmendaten der Indischen Union

Gesamtbevölkerung, 1993	898,2 Mio.
Durchschnittl. jährliches Wachstum der Bevölkerung, 1980-1993	2,0 %
BSP pro Kopf, 1993	300 US-Dollar
Durchschnittl. jährliches Wachstum des BSP, 1980-1993	3,0 %
Durchschnittl. jährliche Inflationsrate, 1980-1993	8,7 %
Schuldendienstquote als Anteil der Exporterlöse	1980: 9,3 % 1993: 28,0 %
Lebenserwartung bei Geburt, 1993	61 Jahre
Analphabetenrate, 1990	52 %
Kindersterblichkeit	1970: 137 pro 1.000 Lebendgeburten 1993: 80 pro 1.000 Lebendgeburten
Urbanisierungsgrad, 1993	26 % der Gesamtbevölkerung
Urbanisierungsrate, 1980-1993	3,0%

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1995.

¹ Vgl. J. Dehejia, Economic Reforms: Birth of an „Asian Tiger“, in: P. Oldenburg (Hrsg.), India Briefing, 1993, Boulder 1993, S. 75-101.

² Für einen statistischen Überblick über die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen vgl. Statistisches Bundesamt, Länderbericht Indien 1991, Wiesbaden 1991; Tata Services Limited, Department of Economics and Statistics, Statistical Outline of India 1994-95, Bombay 1994.

³ Der HDI umfaßt die Indikatoren Lebenserwartung, Alphabetisierungsgrad und reale Kaufkraft für insgesamt 174 Staaten, vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Bericht über die menschliche Entwicklung 1995, Bonn 1995.

Aufgrund dieser Widersprüche stellt sich die Frage nach den zukünftigen Perspektiven der Indischen Union. Welche politische Entwicklungen prägen das Land seit Ende der 80er Jahre und welche Erfolgsaussichten haben die seit 1991 eingeleiteten wirtschaftlichen Reformen? Hierzu sollen in einem ersten Schritt die Institutionen des indischen Staats- und Entwicklungsmodells, die wichtigsten Akteure - in Form der Parteien - sowie mit der Wirtschafts- und Minderheitenpolitik zwei wesentliche Politikbereiche aufgezeigt werden. Im zweiten Teil stehen die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen seit Ende 80er Jahre im Vordergrund. Mit dem Aufstieg der Indischen Volkspartei entstand gegenüber der seit Jahrzehnten regierenden Kongreßpartei ein ernsthafter Konkurrent auf nationaler Ebene, die wirtschaftliche Reformpolitik nach 1991 brach radikal mit bisherigen Grundsätzen, und die Wahl vom Mai 1996 setzte neue politische Rahmenbedingungen.

1. 'Self-Reliant India': Das indische Staats- und Entwicklungsmodell nach der Unabhängigkeit

Um die Analyse zu erleichtern und der ungeheuren Komplexität der Indischen Union, die von der Größe mit dem europäischen Kontinent zu vergleichen ist, diesen aber in kultureller, sozialer und regionaler Vielfalt bei weitem übertrifft, wenigstens ansatzweise gerecht zu werden, gehen die folgenden Ausführungen von einem analytischen Konstrukt, dem indischen Staats- und Entwicklungsmodell, aus. Dieses Modell läßt sich mit dem Begriff der *self-reliance* umschreiben. *Self-reliance*, d.h. das Streben nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, steht dabei für das Bemühen der politischen Führung im innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Bereich, einen eigenen, dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu beschreiten. Innenpolitisch verband dieses indische Staats- und Entwicklungsmodell ein politisches System nach westlichem Vorbild mit einer weitgehend staatlich kontrollierten Wirtschaft nach planwirtschaftlichem Vorbild. Außenpolitisch war es der Versuch, den Gedanken der Blockfreiheit mit guten Handelsbeziehungen zum Westen bei einer gleichzeitig engen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion miteinander in Einklang zu bringen.⁴

⁴ Außenpolitische Erwägungen bleiben im folgenden weitgehend unberücksichtigt, vgl. hierzu C. Wagner, Indiens Rolle in der Welt: Außenpolitische Herausforderungen im Spannungsfeld nationaler und

Das politische System zeichnet sich durch westliche Institutionen, regelmäßige Wahlen, demokratischer Parteienwettbewerb und die Trennung von Staat und Religion aus. Eine Besonderheit der indischen Demokratie war die Dominanz der Kongreß-Partei, so daß das politische System lange Zeit als one-party-dominant-system oder als Congress-system⁵ bezeichnet wurde. Seit der Unabhängigkeit regierte die Partei mit wenigen Unterbrechungen über vierzig Jahre das Land. Geführt wurde die Partei von der politischen Dynastie der Nehru-Gandhi-Familie, die bis 1989 weitgehend die jeweiligen Premierminister stellte. Die in der Verfassung verankerte Trennung von Staat und Religion sollte, nach den blutigen Unruhen zwischen Hindus und Muslimen bei der Unabhängigkeit 1947, die staatliche Einheit der in zahllose Ethnien, Kasten, Stammes-, Sprach- und Religionsgemeinschaften zersplitterten indischen Gesellschaft gewährleisten.⁶

Herausragendes Kennzeichen der Wirtschaftspolitik war die sog. *mixed economy*. Mit Hilfe staatlicher Planung und öffentlicher Kontrolle wichtiger Industriebereiche sollte in Verbindung mit abgeschotteten Märkten und geringen Freiräumen für private Unternehmen eine wirtschaftliche Entwicklung zwischen Kapitalismus und Sozialismus vollzogen werden, die Armut und Unterentwicklung dauerhaft beseitigen sollten.⁷

Außenpolitisch zeigte sich das Streben nach Eigenständigkeit u.a. im indischen Engagement bei der Gründung der Blockfreien-Bewegung in den 50er Jahren, die jenseits der Konfrontation der Supermächte versuchte, die Interessen der jungen, dekolonisierten Staaten Asiens und Afrikas zu vertreten. Obwohl Indien 1971 einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion unterzeichnete, bewahrte sich das Land in den folgenden Jahren dennoch seine außenpolitischen Handlungsspielräume.⁸ Diese Eigenständigkeit spiegelt

internationaler Veränderungen, in: W. Draguhn, G. Schucher (Hrsg.), Das neue Selbstbewußtsein in Asien: eine Herausforderung? Hamburg 1995, S. 77-91.

⁵ Vgl. S.K. Mitra, Between Transaction and Transcendence: The State and the Institutionalisation of Power in India, in: S.K. Mitra (Hrsg.), The Post-Colonial State in Asia: Dialectics of Politics and Culture, Hemel Hempstead 1990, S. 73-99.

⁶ Zur politischen Entwicklung seit der Unabhängigkeit vgl. P.R. Brass, The Politics of India since Independence, Cambridge 1990 (The New Cambridge History of India IV.1).

⁷ Zur wirtschaftlichen Entwicklung seit der Kolonialzeit vgl. D. Rothermund, Indiens wirtschaftliche Entwicklung, Paderborn 1985, S. 151ff.

⁸ Zur außenpolitischen Entwicklung des Landes vgl. H. Kapur, India's Foreign Policy, 1947-92. Shadows and Substance, New Delhi 1994; C.D. Maaß, Umorientierung der indischen Außenpolitik nach dem Kalten Krieg, in: Außenpolitik, (1993) 1, S. 34-43; C. Wagner, Ohne Standort und Horizont. Indien und sein regionales Umfeld, in: W. von Bredow, T. Jäger (Hrsg.), Regionale Großmächte: Internationale Beziehungen zwischen Globalisierung und Zersplitterung, Opladen 1994, S. 137-150.

sich auch in der Nuklearpolitik wider, gehört doch die Indische Union zu den wenigen Staaten, die bis heute nicht den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet haben und somit das nationale Nuklearprogramm einer internationalen Kontrolle weitgehend entziehen.⁹

1.1 Die Institutionen des politischen Systems

Das politische System der Indischen Union orientiert sich im wesentlichen am Vorbild des britischen Westminster-Modells. Die umfangreiche Verfassung sichert die Grundrechte, regelt die Beziehungen der politischen Institutionen, und der oberste Gerichtshof sorgt für eine funktionierende Gewaltenteilung. An der Spitze des Landes steht der Präsident, gegenwärtig Shankar Dayal Sharma, der durch ein Wahlmännerkolleg aus beiden Häusern des Parlaments und der Länderparlamente gewählt wird. Er hat weitgehend repräsentative Funktionen, während die politische Macht beim Premierminister und seinem Kabinett liegt. Das Parlament wird alle fünf Jahre nach dem britischen Mehrheitswahlrecht gewählt.

Das Zwei-Kammern-System gewährt den Bundesstaaten eine Mitsprache bei der Gesetzgebung. Das föderale Staatsprinzip gibt den Bundesstaaten darüber hinaus weitgehende Kompetenzen in den für die Entwicklung zentralen Bereichen, wie Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit. Allerdings verfügen die Bundesstaaten über keine ausreichende eigene Finanzierung und sind dadurch finanziell in hohem Maße von der Zentralregierung abhängig. Der an der Spitze eines Bundesstaates stehende, vom Präsidenten der Indischen Union ernannte Gouverneur kann zudem der Bundesregierung jederzeit empfehlen, die gewählte Landesregierung abzusetzen, wenn in seinen Augen Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht. Dieses Mittel des sog. *President's Rule* ist in der Vergangenheit immer wieder aus parteipolitischen Kalkülen mißbraucht worden.¹⁰

Seit der Unabhängigkeit haben in regelmäßigen Abständen Wahlen stattgefunden, deren Ergebnisse - trotz immer wiederkehrender kleinerer Unregelmäßigkeiten in einzelnen

⁹ C. Wagner, Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien, Rostock 1995 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 2).

¹⁰ Zum Aufbau des Regierungssystems und der Rolle der Institutionen vgl. R. Thakur, *The Government and Politics of India*, Basingstoke 1995; zur Rolle des Föderalismus vgl. D. Rothermund, *Parlamentarische Demokratie und Föderalismus*, in: D. Rothermund (Hrsg.), *Indien. Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt. Ein Handbuch*, München 1995, S. 389-408.

Gebieten - den Willen der Wählerinnen und Wähler widerspiegeln. Nur in der Zeit von 1975 bis 1977, als die damalige Premierministerin Indira Gandhi den Ausnahmezustand verhängte und das Land mit Notstandsverordnungen regierte, war das demokratische System kurzzeitig außer Kraft gesetzt. Es spricht allerdings für die Demokratie, daß Indira Gandhi 1977 abgewählt wurde, auch wenn sie bei den folgenden Wahlen 1980 erneut an die Macht kam.

Die Funktionsfähigkeit der indischen Demokratie, im Sinne eines Wahlsiegs der Opposition, zeigt sich nicht nur auf nationaler Ebene, wo bislang fünf Regierungswechsel zu verzeichnen waren (1977, 1980, 1989, 1991, 1996), sondern auch auf der Ebene der Bundesstaaten. Hier hat das Mehrheitswahlrecht immer wieder für erdrutschartige Siege von Oppositionsparteien gesorgt und deutlich gemacht, daß die Menschen auch unter den Bedingungen von Armut, Analphabetisierung und Unterentwicklung die Möglichkeiten ihres Stimmrechts in der Demokratie durchaus zu schätzen wissen.¹¹

Allerdings weist das politische System in den letzten Jahren eine Reihe von Krisenerscheinungen auf. Zunehmender Populismus seitens der Politiker, die Schwäche staatlicher Institutionen und der Parteien zählen ebenso hierzu wie die wachsende Korruption, die Verquickung von Politik und Kriminalität und die Zunahme von politisch motivierter Gewalt.¹² Trotz dieser Krisenerscheinungen stellt die Bevölkerung das demokratische System nicht in Frage, wie eine Umfrage im Frühsommer 1996 deutlich machte. Mehr als zwei Drittel (67,9 Prozent) der über neuntausend Befragten befürworteten die Demokratie, 16,2 Prozent lehnten sie ab. Auffällig ist vor allem der Anstieg der Zustimmung, der 1971 noch bei 43,4 Prozent lag.¹³ Die indische Demokratie kann damit trotz ihrer Probleme als konsolidiertes politisches System gelten, sowohl was die Institutionen als auch die Einstellung der Bevölkerung angeht.

¹¹ Für einen Überblick über die Ergebnisse der Wahlen auf nationaler und regionaler Ebene vgl. D. Butler et al., *India Decides: Elections 1952-1991*, New Delhi 1991.

¹² Zu dieser umfangreichen Diskussion über die Krise des politischen Systems vgl. A. Kohli, (Hrsg.), *India's Democracy. An Analysis of Changing State-Society Relations*, Princeton 1988; A. Kohli, *Democracy and Discontent. India's Growing Crisis of Governability*, Cambridge 1991; B.S. Gupta, *India. Problems of Governance*, New Delhi 1996.

¹³ Vgl. A snapshot of long-term processes of democratic politics, in: *The Hindu*, 9. April 1996, S. 6.

1.2 Akteure auf nationaler Ebene: Die Parteien

1.2.1 Die Kongreßpartei

Die mit Abstand wichtigste politische Kraft ist seit der Unabhängigkeit die Kongreßpartei gewesen.¹⁴ Sie ging aus dem Indischen Nationalkongreß hervor, der unter der Führung von Jawaharlal Nehru und Mahatma Gandhi im August 1947 die Unabhängigkeit des Landes nach über 150 Jahren britischer Kolonialherrschaft erreichte. Angesichts der Erfahrungen der Teilung und der Ermordung Mahatma Gandhis durch radikale Hindus trat die Partei unter der Führung Nehrus für ein säkulares Staatswesen ein. Die Kongreßpartei war allerdings weniger eine Partei im westlichen Sinn. Sie verfügte kaum über ein eigenständiges politisches Profil, sondern war und ist in zahlreiche politische, soziale und regionale Faktionen (*factions*) unterteilt. Die Parteiorganisation ist schwach, innerparteiliche Demokratie wird, wie in anderen indischen Parteien, kaum praktiziert. Die Parteiführung ist in hohem Maße auf die jeweiligen Führungspersönlichkeiten ausgerichtet, deren Charisma im wesentlichen über den Wahlerfolg entscheidet. Vor allem während der Regierungszeit von Indira Gandhi erfuhr die Partei eine starke Zentralisierung, da Entscheidungen auch in den einzelnen Landesverbänden zumeist von ihr selbst gefällt wurden. Wachsende regionale Rivalitäten in der Partei, Patronage und Klientelismus sowie eine wachsende Korruption bei der Ämtervergabe waren die Folge. Solche Mechanismen lassen sich in mehr oder minder ähnlicher Form bei allen anderen indischen Parteien wiederfinden.¹⁵

Die Kongreßpartei dominierte nicht nur die nationale Politik, sondern stellte bis 1967 auch in allen Bundesstaaten die jeweilige Landesregierung. Erst die Wahlen von 1968 beendeten dieses 'demokratische Einparteiensystem', als in einigen Bundesstaaten Regionalparteien an die Macht gelangten. Diese nehmen eine wichtige Rolle im politischen System ein, und haben mit den Wahlen von 1996 auch auf nationaler Ebene an Bedeutung gewonnen. Die Kongreßpartei regierte das Land von 1947 bis 1977, von 1980 bis 1989 und von 1991 bis 1996. Geprägt wurde der politische Kurs der Partei und

¹⁴ Die Kongreßpartei hat im Verlauf ihrer Geschichte zahlreiche Abspaltungen erlebt. Der Begriff Kongreßpartei bezieht sich deshalb immer auf den Teil des Indian National Congress (INC), der von der Nehru-Gandhi-Familie geführt wurde.

¹⁵ Zur Entwicklung der Kongreßpartei vgl. S.A. Kochanek, *The Congress Party of India: The Dynamics of One-Party Democracy*, Princeton 1968.

des Landes von der Gandhi-Nehru-Dynastie. Jawaharlal Nehru wurde 1947 erster Premierminister und regierte das Land bis zu seinem Tod 1964. 1966 übernahm seine Tochter Indira Gandhi die Regierungsgeschäfte, die sie bis 1977 führte. Nach ihrer Abwahl ging sie in die Opposition und kehrte 1980 mit einem triumphalen Wahlsieg über die heillos zerstrittene Janata-Koalition an die Regierung zurück. Ihre zweite Amtsperiode endete jäh 1984 als sie nach der von ihr angeordneten Erstürmung des Goldenen Tempels in Amritsar, dem höchsten Heiligtum der Sikh-Gemeinschaft, von zwei ihrer Sikh-Leibwächter in Neu-Delhi ermordet wurde. Bei den folgenden Parlamentswahlen errang die Kongreßpartei erneut die parlamentarische Mehrheit, und Rajiv Gandhi, der Sohn Indiras Gandhis, der erst nach einigem Zögern in die Politik eintrat, wurde neuer Premierminister.

1989 erlitt die Kongreßpartei eine Wahlniederlage und die National Front, ein Mehrparteienbündnis unter der Führung von V.P. Singh, übernahm die Regierung. Es folgten zwei Jahre der politischen Verunsicherung, da sowohl diese als auch die folgende Koalitionsregierung unter Premierminister Chandra Shekhar, die wiederum von der Kongreßpartei unterstützt wurde, sehr instabil waren. Während des Wahlkampfes 1991 wurde Rajiv Gandhi durch einen Bombenanschlag getötet. Für das Attentat wurden die tamilischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) aus Sri Lanka verantwortlich gemacht, die sich damit gegen das gewaltsame Vorgehen der zwischen 1987 und 1990 auf Sri Lanka stationierten Indian Peace Keeping Forces (IPKF) rächen wollten. Die nachfolgenden Parlamentswahlen, die im Zeichen des Attentats durchgeführt wurden, brachten der Kongreßpartei eine Mehrheit von 226 Sitzen im Parlament. Die Bemühungen der Führung der Kongreßpartei, Sonia Gandhi, die Witwe Rajiv Gandhis, eine gebürtige Italienerin, zum Eintritt in die Politik zu bewegen, scheiterten jedoch. Allerdings zeigt sich daran, welchen Stellenwert die familiäre Kontinuität im politischen System Indiens noch immer einnimmt.¹⁶ Neuer Premierminister wurde daraufhin Narasimha Rao, der bereits zahlreiche Partei- und Regierungsämter, darunter das Amt des Außen-

¹⁶ Der Eintritt eines Familienmitglieds in die Politik zur Fortführung einer politischen Dynastie ist in Südasien kein ungewöhnlicher Vorgang und erklärt den hohen Anteil von weiblichen Regierungschefs in der Region. Die pakistanische Premierministerin Benazir Bhutto, die indische Premierministerin Indira Gandhi, die srilankische Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunge sowie die ehemalige und gegenwärtige

ministers, bekleidet hatte. Er setzte die Politik der wirtschaftlichen Reformen, die Mitte der 80er Jahre von Rajiv Gandhi eingeleitet wurde, fort.

1.2.2 Die Anti-Kongreß-Koalitionen

Die Kongreßpartei konnte bislang nur von der Regierung abgelöst werden, wenn es den verschiedenen Oppositionsparteien gelang, sich auf gemeinsame Absprachen, z.B. bei der Kandidatenaufstellung, zu verständigen. Dieses Vorgehen führte 1977, 1989 und 1996 zum Erfolg, als die Janata-Koalition (1977), die National Front (1989) sowie im Mai 1996 die National Front/Left Front die Regierung übernehmen konnten. 1977 und 1989 kamen jedoch Koalitionsregierungen an die Macht, deren kleinster gemeinsamer Nenner lediglich die Ablehnung der Kongreßpartei bildete. Viele Politiker der an den Koalitionen beteiligten Parteien hatten zudem ihre politische Laufbahn in der Kongreßpartei begonnen. So war 1977 die harte Kritik an den Exzessen des 1975 von Indira Gandhi verhängten Ausnahmezustandes die gemeinsame Plattform, die den Wahlsieg der Janata-Koalition ermöglichte. Sie besaß jedoch jenseits der Ablehnung des Kongreß kein klares Regierungsprogramm und zerbrach nach drei Jahren an den persönlichen Rivalitäten ihrer drei führenden Politiker Morarji Desai, Charan Singh und Jagjivan Ram.

1988 schmiedete V.P. Singh, der zuvor höchste Ämter in der Kongreßregierung inne hatte, aber aufgrund seiner Unerbittlichkeit bei der Aufdeckung von Bestechungsskandalen jeglichen Einfluß und alle Parteiämter verlor, erneut eine Anti-Kongreß-Koalition. Vier Parteien schlossen sich zur Janata Dal zusammen, die unterstützt von drei Regionalparteien (AGP, DMK und TDP) die National Front bildeten. Durch Absprachen bei der Kandidatenaufstellung mit der Bharatiya Janata Party (BJP) und den kommunistischen Parteien konnte V.P. Singh nach der Wahl 1989 die Regierung übernehmen. Die Kongreßpartei war zwar wieder die stärkste Partei, doch wurde die 143 Sitze starke Fraktion der Janata Dal sowohl von den drei Regionalparteien als auch von der BJP (85 Sitze) und den kommunistischen Parteien (53 Sitze) unterstützt. Diese Regierung hielt allerdings nur ein Jahr und wurde im November 1990 durch eine Minderheitsregierung

ge Premierministerin Bangladeschs Khaleda Zia und Sheik Hasina fanden den Weg in die Politik erst

unter Premierminister Chandra Shekhar abgelöst, der sich mit rund 50 Abgeordneten von der Janata Dal abgespalten hatte, aber von der Kongreßpartei unterstützt wurde. Nach einem halben Jahr Amtszeit trat diese Regierung jedoch zurück, und die anschließenden Neuwahlen brachten erneut die Kongreßpartei an die Macht.¹⁷

Es zeigt sich, daß die Kongreßpartei lange Zeit kaum eine ernstzunehmende Konkurrenz auf nationaler Ebene hatte. Die Partei verlor ihre traditionellen Hochburgen im Norden des Landes bereits in den 70er Jahren und verlagerte ihre Schwerpunkte in den Süden und Westen des Landes. Auch unter den Minderheiten, wie Muslime, untere Kasten und Stammesbevölkerung, schwand der politische Einfluß der Kongreßpartei deutlich.¹⁸ Die soziale und regionale Zersplitterung der Parteienlandschaft hat jedoch der Kongreßpartei immer wieder in die Hände gespielt und zur Macht verholfen, da die programmatischen Widersprüche in den Anti-Kongreß-Koalitionen ebensowenig auf Dauer zu unterdrücken waren wie die persönlichen Rivalitäten.

1.3 Ausgewählte Politikfelder

1.3.1 Die wirtschaftliche Entwicklung

Ähnlich wie im politischen Bereich zeigte sich auch in der Wirtschaftspolitik das Streben nach Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Zwei Merkmale haben seit der Unabhängigkeit die indische Volkswirtschaft geprägt. Erstens, das starke Gewicht der Landwirtschaft, deren Anteil am BIP 1993 noch bei 31 Prozent lag und die zwei Drittel aller Beschäftigten aufnahm.¹⁹ Ein zweites Merkmal ist das starke Gewicht des öffentlichen Sektors, ein 'klassisches' Erbe der wirtschaftspolitischen Ausrichtung mit der starken Rolle des Staates nach der Unabhängigkeit.

Gandhi und Nehru hatten unterschiedliche Vorstellungen über die zukünftige Wirtschaftspolitik. Gandhi bevorzugte die Förderung der Klein- und Mittelindustrie, um die Probleme der weitverbreiteten Armut und Unterentwicklung zu bewältigen. Nehru, dessen Konzeptionen sich schließlich durchsetzen konnten, stand hingegen stärker in der

nach dem Tod ihrer Väter bzw. Ehemänner.

¹⁷ Vgl. Thakur 1995, S. 233-237.

¹⁸ Zum politischen Niedergang der Kongreßpartei vgl. L.I. Rudolph, S. Hoeber Rudolph, In Pursuit of Lakshmi. The Political Economy of the Indian State, Chicago 1987, S. 178-207.

Tradition des angelsächsischen Fabian-Sozialismus, der eine nicht-revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft und eine staatliche Kontrolle der Wirtschaft anstrebte. Zugleich fürchtete er, daß die Entwicklung von kapitalistischen Großkonzernen zu einer politischen Einflußnahme führen könnte, und zeigte sich beeindruckt von der industriellen Entwicklung in der Sowjetunion zur damaligen Zeit. Angesichts dessen sollte in seinen Augen der Staat die Spitzenpositionen der Wirtschaft einnehmen, dem damit eine dominierende Rolle bei der Überwindung der Unterentwicklung eingeräumt wurde.

1.3.1.1 Die Industrie

Nach der Unabhängigkeit wurde die Industrie in drei Bereiche aufgeteilt. Im ersten Sektor (*'Schedule A'*) durften ausschließlich Staatsbetriebe tätig sein. Hierzu zählten all jene Industrien, die eng mit der nationalen Sicherheit verbunden waren, u.a. die Schwerindustrie mit Eisen- und Stahlproduktion sowie die gesamte Energieversorgung. Der zweite Sektor (*'Schedule B'*) umfaßte eine Reihe von Industriezweigen, in denen auch die Privatindustrie investieren konnte. In diesen Bereich fielen die chemische Industrie, der Werkzeugmaschinen Sektor und die für die Landwirtschaft wichtige Düngemittelindustrie. Der dritte Sektor der Klein- und Mittelindustrie blieb ausschließlich Privatunternehmen vorbehalten.

Eine Planungskommission, die 1950 unter Vorsitz des Premierministers eingerichtet wurde, sollte die wirtschaftlichen Zielvorgaben festlegen und über deren Einhaltung wachen. Damit entstand eine gemischte Wirtschaftsform (*mixed economy*), die versuchte, die Vorteile aus sozialistischer und kapitalistischer Entwicklung im Sinne eines dritten Entwicklungsweges für sich zu nutzen. Es sollte nicht unerwähnt bleiben, daß diese Form der wirtschaftlichen Planung zur damaligen Zeit auch von internationalen Entwicklungsinstitutionen wie der Weltbank unterstützt wurde. Während das Schwergewicht im ersten Fünf-Jahres-Plan noch auf der Landwirtschaft lag, wurde es in den folgenden Fünf-Jahres-Plänen immer stärker auf die Schwerindustrie verlagert, die als Symbol der wirtschaftlichen Entwicklung und Unabhängigkeit galt.

¹⁹ Vgl. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1995, Washington 1995, S. 166.

Eine weitere Besonderheit der indischen Wirtschaft war die Politik der Importsubstitution, verbunden mit hohen Einfuhrzöllen. Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik war nicht die Exportförderung, sondern die Regierung vertraute angesichts der Größe des Landes ganz auf eine wirtschaftliche Entwicklung, die vom Binnenmarkt getragen werden sollte. Geschützt vor ausländischer Konkurrenz entwickelte sich im Lauf der Zeit eine breite Konsumgüterindustrie, deren Produktqualität allerdings mangels Wettbewerb und rückständiger Technologie weit hinter dem internationalen Standard zurückblieb. Das fehlende Interesse an einer Förderung der Exportproduktion führte dazu, daß der Anteil Indiens am Welthandel seit den 50er Jahren von ca. 2,5 Prozent auf ca. 0,5 Prozent Anfang der 90er Jahre zurückging.²⁰

Die staatliche Bürokratie errichtete zudem ein umfangreiches Kontroll- und Lizenzsystem für die Privatindustrie, welches jegliche dynamische Wirtschaftsentwicklung unterband. Dies hatte zur Folge, daß nicht nur die Gründung neuer Unternehmen einer besonderen staatlichen Lizenz bedurfte, sondern auch alle Veränderungen, die die Produktion betrafen, wie z.B. die Erweiterung oder Veränderung der Produktpalette oder ein Standortwechsel.²¹ In Analogie zur britischen Herrschaft (British Raj) haben Kritiker dieses System als permit-license-quota Raj bezeichnet.

Die Staatsunternehmen hatten nicht nur die Aufgabe der Güterproduktion, sondern auch die der Bereitstellung von Arbeitsplätzen, ungeachtet aller Kriterien von Wirtschaftlichkeit. Dies schlug sich im internationalen Vergleich in der geringen Produktivität der Staatsbetriebe nieder, z.B. in der Stahl- und Kohleindustrie. Diese ordnungspolitische Konstellation eröffneten parteipolitischer Patronage und Günstlingswirtschaft Tür und Tor. Zugleich entstand in dem vergleichsweise kleinen organisierten Bereich der Industrie eine relativ starke Gewerkschaftsbewegung, die aufgrund ihrer privilegierten Stellung oft als 'Arbeiteraristokratie' bezeichnet wurde. Der Zensus von 1991 zeigte, daß im sekundären Bereich der Wirtschaft nur 12 Prozent aller Beschäftigten tätig waren, wohingegen auf den primären Sektor (Landwirtschaft) mehr zwei Drittel aller Beschäftig-

²⁰ Vgl. Tata Services Limited, Department of Economics and Statistics, Statistical Outline of India 1994-95, Bombay 1994, S. 101.

²¹ Vgl. H.C. Rieger, Wenden in der Sackgasse: Probleme der wirtschaftspolitischen Neuordnung in Indien, in: Asien (April 1993) 47, S. 21-23.

ten entfielen.²² Zudem war es staatliche Politik, daß keine Betriebe geschlossen und etwaige Verluste vom Staat übernommen wurden. Eine Schließung von privaten oder öffentlichen Unternehmen hätte einer Genehmigung bedurft, die allerdings „seit der Unabhängigkeit Indiens nicht ein einziges mal erteilt“²³ wurde.

1.3.1.2 Die Landwirtschaft

Die Indische Union ist auch heute noch ein weitgehend agrarisch strukturiertes Land. Wenngleich der Beitrag der Landwirtschaft am Volkseinkommen stetig zurückgegangen ist, so zeigt der weiterhin hohe Anteil der Beschäftigten in diesem Bereich (ca. 67 Prozent) sowie die im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern geringe Urbanisierungsrate von 26 Prozent (1993) die Bedeutung ländlicher Regionen. Der Landwirtschaft wurde nach der Unabhängigkeit eine große Bedeutung für die Überwindung von Armut, Hunger und Unterentwicklung zugeschrieben. Die witterungsbedingte Abhängigkeit der Landwirtschaft von den jährlichen Monsunniederschlägen konnte durch den Ausbau der bewässerten Flächen nur langsam verringert werden und noch 1965 und 1966 hatten Dürreperioden schwere gesamtwirtschaftliche Folgen. Grundprobleme der Landwirtschaft waren anfänglich die geringen Flächenerträge, nur wenig dauerhaft bewässerte Flächen sowie die großen sozialen Diskrepanzen zwischen landbesitzenden Schichten und der großen Masse der Landlosen und Tagelöhner.

Die Landwirtschaftspolitik der verschiedenen Regierungen läßt sich in vier große Phasen einteilen, in denen jeweils unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt wurden.²⁴ In der ersten Phase unter Nehru wurde die Landwirtschaft, wie bereits erwähnt, bei den staatlichen Investitionen weitgehend vernachlässigt. Nehrus Ziel war es, durch Bodenreformen die sozialen Ungleichheiten zu verringern und die Zahl der Bauern, die eigenes Land bebauten, zu erhöhen, um damit eine Ausweitung der Produktion zu erzielen. Während die Abschaffung der großgrundbesitzenden Schichten (Zamindare) weitgehend gelang und eine neue Schicht von Mittelbauern entstand, scheiterten weitere Landreformen, die in die Zuständigkeit der Bundesstaaten fielen, ebenso wie die Bemühungen

²² Vgl. Tata 1994, S. 47.

²³ Rieger 1993, S. 28.

²⁴ Vgl. im folgenden Rudolph, Hoeber Rudolph 1987, S. 312-332.

Nehrus 1959, am chinesischen Modell orientierte Genossenschaften einzuführen. In den Bundesstaaten verstanden es die landbesitzenden Schichten in Koalition mit der regierenden Kongreßpartei, eine weitergehende Umverteilung des Landes durch verschiedene Regelungen zu umgehen. Die Flächenerträge blieben gering, und die Zuwachsraten der Produktion resultierten vor allem aus der Erweiterung der Anbaufläche, wobei zunehmend auch minderwertige Böden unter den Pflug genommen wurden.

Mitte der 60er Jahre begann die zweite Phase, die sog. 'Grüne Revolution', in deren Zentrum die Ausweitung der Produktion durch den Einsatz neuer Technologien stand. Ausgelöst wurde dieser Kurswechsel durch eine Reihe von Faktoren: Die Dürrejahre 1965/66 trugen ebenso dazu bei wie die Reduzierung amerikanischer Nahrungsmittellieferungen als Folge des indisch-pakistanischen Krieges von 1965. Darüber hinaus wurde deutlich, daß die bisherige Strategie der Industrialisierung nicht genügend Arbeitsplätze hervorbrachte, um das Problem der ländlichen Armut zu bekämpfen. Mit Premierminister Shastri trat zudem nach Nehrus Tod 1964 ein Mann an die Spitze der Regierung, der den Interessen des ländlichen Raums größere Beachtung schenkte. Ziel der grünen Revolution war es, mit Hilfe neuer Ertragssorten und dem verstärkten Einsatz von Düngemitteln die Gesamtproduktion zu erhöhen und die Flächenerträge zu steigern. Diese Ziele konnten auch weitgehend erreicht werden. Bis 1979 hatte sich die Getreideproduktion, vor allem bei Weizen, seit den 50er Jahren annähernd verdoppelt, wobei sich die Bevölkerungszahl im selben Zeitraum nur um 70 Prozent erhöht hatte.²⁵

Die grüne Revolution hatte aber auch weitreichende soziale Folgen. Vor allem die wohlhabenden Bauern profitierten von den technologischen Neuerungen, da sie einen besseren Zugang zu Kreditmöglichkeiten hatten, während Kleinbauern nur in geringem Umfang von den neuen Ertragssorten Nutzen hatten und in vielen Fällen die Investitionen, z.B. für die Düngemittel, nicht aufbringen konnten. Zugleich verstärkte die grüne Revolution nicht nur die soziale, sondern auch die regionale Differenzierung, die den Punjab in der Folge zur Kornkammer der Indischen Union machte. Trotz dieser Erfolge gelang es aber nicht, die ländliche Armut nennenswert zu reduzieren. Unter Indira Gandhi setzte in den 70er Jahren eine dritte Phase ein, die mittels direkter Einkom-

²⁵ Vgl. Rothermund 1985, S. 167.

menshilfe und einer grundbedürfnisorientierten Entwicklungsstrategie versuchte, das Problem zu bewältigen. Diese Bemühungen führten ebensowenig zum Erfolg wie die von der Janata-Regierung 1977 eingeleitete vierte Phase, welche verstärkt staatliche Investitionen für die Landwirtschaft und die Infrastruktur im ländlichen Raum vorsah. Darüber hinaus wurden gezielt Beschäftigungsprogramme für die Zielgruppe der ländlichen Armen (Food for Work) ins Leben gerufen, um deren Einkommenssituation zu verbessern sowie die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung wirksamer zu bekämpfen. Diese Maßnahmen wurden, unter anderem Namen, nach der erneuten Regierungsübernahme von Indira Gandhi 1980 fortgeführt.

Die indische Wirtschaftspolitik im Bereich der Industrie und der Landwirtschaft hat ohne Frage seit der Unabhängigkeit beachtliche Erfolge erringen können. Beständige Wachstumsraten, die Verbesserung der sozialen Infrastruktur, die Verdoppelung der Lebenserwartung, die mittlerweile erzielte Fähigkeit, Nahrungsmittel, vor allem Weizen, zu exportieren, zählen ebenso hierzu wie die Errichtung einer Konsumgüterindustrie, die einer wachsenden Mittelschicht einen steigenden Wohlstand ermöglichte. „Indien hat heute eine eindrucksvolle hochentwickelte industrielle Wirtschaft. Es gibt kaum ein Produkt, das wir nicht herstellen - von Raumfahrzeugen bis zu silicon chips, von Atomraketen bis zur Avionik, von Stoffen bis zu Schuhwerk.“²⁶ Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Veränderungen der verschiedenen Wirtschaftssektoren in ihrem Beitrag zum BIP, die Wachstumsraten in den einzelnen Bereichen sowie die Veränderungen in der Struktur des verarbeitenden Gewerbes.

Tabelle 2: Anteil der Sektoren am BIP (in Prozent)

Sektor	1970	1993
Landwirtschaft	45	31
Industrie	22	27
Verarbeitendes Gewerbe	15	17
Dienstleistungssektor usw.	33	41

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1995.

²⁶ So der frühere Premierminister Rajiv Gandhi, zit. nach S. Gosalia, Indien im südasiatischen Wirtschaftsraum. Chancen der Entwicklung zu einem regionalen Gravitationszentrum, Hamburg 1992, S. 89.

Tabelle 3: Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Produktionsbereiche (in Prozent)

Bereich	1970-1980	1980-1993
Landwirtschaft	1,8	3,0
Industrie	4,5	6,2
Verarbeitendes Gewerbe	4,6	6,3
Dienstleistungssektor usw.	4,6	6,4
BIP gesamt	3,4	5,2

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1995.

Tabelle 4: Struktur des Verarbeitenden Gewerbes (in Prozent)

Bereich	1970	1992
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	13	12
Textilien, Bekleidung	21	15
Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeuge	20	25
Chemische Erzeugnisse	14	14
Übriges Verarbeitendes Gewerbe	32	35

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1995.

Die Landwirtschaftspolitik blieb aber ebenso staatlich kontrolliert, z.B. beim Export landwirtschaftlicher Produkte, wie der Industriesektor. Dadurch gab es nur wenig Anreize zur Verbesserung der Arbeitsproduktivität, die im Vergleich zu ostasiatischen Ländern nur um 0,5 bis ein Prozent jährlich zunahm.²⁷

Trotz ihrer Errungenschaften hat es die Wirtschaftspolitik nicht vermocht, die Armut wirksam zu bekämpfen, die noch heute als zentrales Entwicklungshindernis, vor allem in den ländlichen Regionen, gilt. Die Schätzungen über das Ausmaß der Armut schwanken dabei beträchtlich. Lag der Anteil der armen Bevölkerung 1972/73 noch bei 51,5 Prozent, so sank er 1987/88 auf 29,9 Prozent. Allerdings geht eine Expertengruppe der staatlichen Planungskommission von einem Anteil von 39,3 Prozent aus.²⁸ Im Rahmen der südasiatischen Kooperationsgemeinschaft SAARC (South Asian Association for Regional Cooperation) haben sich alle beteiligten Regierungen Anfang der 90er Jahre verpflichtet, gemeinsam gegen das Problem der Armut in ihren Ländern vorzugehen.²⁹

²⁷ Vgl. A. Chopra et al., India: Economic Reform and Growth, Washington 1995, S. 62.

²⁸ Vgl. Tata 1994, S. 29.

²⁹ Zur SAARC gehören die Staaten Bangladesch, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka. Zu den Perspektiven der SAARC vgl. C. Wagner, Die SAARC: Mehr Kooperation oder indische Hegemonie? in: G. Eilenberger, M. Mols, J. Rüland (Hrsg.), Kooperation, Regionalismus und Integration im asiatisch-pazifischen Raum, Hamburg 1996, S. 121-134; zur Armutsbekämpfung in den

1.3.2 Sprach- und Minderheitenkonflikte

Die Spannungen zwischen Hindus und Muslimen seit Ende des 19. Jahrhunderts, die Einrichtung eigener Wahlkreise für die Muslime, die Forderungen der Moslemliga nach 1940, die Muslime als eigene Nation mit Anrecht auf einen eigenen Staat zu betrachten, schließlich die Unabhängigkeit und Teilung Britisch-Indiens in Indien und Pakistan und die sie begleitenden blutigen Unruhen zeigten die zentrale Konfliktlinie, mit der beide Staaten auch nach der Unabhängigkeit immer wieder konfrontiert wurden: das Zusammenleben von verschiedenen religiösen, regionalen, linguistischen und ethnischen Minderheiten in einem gemeinsamen Staat. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Größe der verschiedenen Religionsgemeinschaften sowie einzelner Kastengruppen bei den Hindus.

Tabelle 5: Religionsgemeinschaften und Kastengruppen in Indien (Stand ca. 1990)

Religionsgemeinschaft/ Kaste	Gesamtzahl (in Mio.)	Anteil an der Gesamtbevölkerung (in Prozent)
Hindus	699	83,8
davon: Obere Kasten		17,6
davon: Brahmanen		(5,5)
Rajputen		(3,9)
Marathen		(2,2)
Vaishyas		(1,9)
Kayasthas		(1,1)
Jats		(1,0)
Andere		(2,0)
Backward Castes		43,7
Unberührbare		15,0
Stammesbevölkerung		7,5
Muslime	90	11,2
Christen	18	2,1
Sikhs	14	1,7
Buddhisten	6	0,7
Jains	4	0,5
Gesamt	831	100,0

Quelle: Thakur 1995, S. 6.

Die Unabhängigkeit und die Teilung Britisch-Indiens wurden zum Trauma des jungen indischen Staatswesens. Aufgrund der Agitation der Moslemliga für einen eigenen muslimischen Staat kam es zur Teilung Britisch-Indiens und zur Entstehung Pakistans,

SAARC-Staaten vgl. Report of the Independent South Asian Commission on Poverty Alleviation, Mee-

das zugleich eines der merkwürdigsten Staatengebilde der Neuzeit darstellte: ein zerteilter Staat, dessen östlicher und westlicher Landesteil über 1600 Kilometer voneinander entfernt waren. Die mit der Staatsgründung verbundenen Umsiedlungen lösten die größte Völkerwanderung der Neuzeit aus, als ca. 15 Mio. Menschen freiwillig ihre angestammte Heimat verließen und sich in einem der beiden neuen Staaten niederließen. Zugleich waren diese Wanderungsbewegungen von schweren Unruhen zwischen fanatischen Anhängern der Religionsgemeinschaften begleitet, die ca. 500.000 Tote forderten. Aber auch nach der Unabhängigkeit haben die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Ansprüche von verschiedenen Minderheiten nach größerer Eigenständigkeit und Autonomie die Zentralregierung in Neu-Delhi herausgefordert. Bewaffnete Aufstandsbewegungen und Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit haben zudem den territorialen Bestand der Indischen Union immer wieder in Frage gestellt. Erste Probleme ergaben sich durch die Versuche der Regierung in Neu-Delhi, das nation-building zu fördern, in dem Hindi, die Sprache der Hindus in Nordindien, als offizielle Sprache im ganzen Land eingeführt werden sollte. Dies provozierte heftigen Widerstand seitens der anderen Sprachgruppen, die nicht bereit waren, ihre eigene Sprache dieser Politik zu opfern. Der Protest führte zur Gründung von regionalen Bewegungen und Parteien, die die Beibehaltung der eigenen Sprache im öffentlichen Leben, größere regionale Autonomie von der Zentralregierung und z.T. nationale Unabhängigkeit forderten.³⁰ Die politische Führung unter Nehru sah sich deshalb bereits in den 50er Jahren dazu veranlaßt, eine Neuorganisation der bestehenden Bundesstaaten entlang der vorhandenen Grenzen der wichtigsten Sprachgruppen vorzunehmen. Anfang der 60er Jahre wurde die sog. 'Drei-Sprachen-Formel' verabschiedet, die einen Kompromiß in der Sprachenfrage brachte. Hindi wurde offizielle Sprache des Landes, Englisch sollte für eine Übergangsperiode als Verwaltungssprache beibehalten werden und den einzelnen Staaten wurde es freigestellt, weitere Sprachen vor allem im Bildungsbereich einzuführen. Die Grenzen zwischen den Bundesstaaten sind seit dieser Zeit weitgehend deckungsgleich mit Sprachgrenzen. In der Verfassung haben momentan 18 Sprachen den

ting the Challenge, Kathmandu 1992.

³⁰ Zur Entwicklung dieser Protestbewegung am Beispiel des südindischen Bundesstaates Tamil Nadus vgl. D. Hellmann-Rajanayagam, Tamil: Sprache als politisches Symbol, Stuttgart 1984.

Status einer 'offziellen Sprache'. Sprach- und Religionszugehörigkeit fallen dabei nicht zusammen. So sprechen z.B. nur 40 Prozent der Bevölkerung Hindi. Die politische Führung der Indischen Union konnte durch diese Regelungen frühzeitig einen Konflikt erfolgreich entschärfen, der in den Nachbarstaaten Pakistan und Sri Lanka nie beigelegt werden konnte³¹ und der sich mittlerweile in den neuentstandenen Staaten Mittelosteuropas und Zentralasiens zunehmend als eine der zentralen Konfliktlinien herauskristallisiert.

Im Verlauf der Zeit hat die politische Führung eine Reihe von Mechanismen entwickelt, um solchen Konflikten Herr zu werden. Neben der gewaltsamen Unterdrückung von bewaffneten Aufstandsbewegungen zählen Verhandlungen mit Guerillaführern ebenso dazu wie Zugeständnisse nach lokaler oder regionaler Autonomie durch neugeschaffene Institutionen.³² Mit Hilfe dieser Strategie konnte vor allem im Nordosten des Landes eine erfolgreiche politische Lösung gegen die immer wieder aufbrechenden Aktivitäten von verschiedenen Guerillagruppen erzielt werden.

Die beiden Konflikte im Punjab und in Kaschmir bildeten bislang die größte Bedrohung für die territoriale Einheit der Indischen Union. Ausgelöst durch innenpolitische Aktionen gegen die Landesregierung im Punjab, förderte die Kongreßpartei unbeabsichtigt militante Führer und politische Gruppierungen, die sich mit ihren Forderungen nach einem unabhängigen Sikh-Staat 'Khalistan' schließlich verselbständigten und sich gegen die Kongreßpartei wandten. Dies löste Anfang der 80er Jahre einen regelrechten Bürgerkrieg im Punjab, dem wirtschaftlich wohlhabendsten Bundesstaat der Indischen Union, aus. 1984 folgte die Erstürmung des Golden Tempels in Amritsar, dem höchsten Heiligtum der Sikhs, in dessen Folge Premierministerin Indira Gandhi in Neu-Delhi von zwei ihrer Sikh-Leibwächter ermordet wurde. Die daran anschließenden Pogrome gegen die Sikhs in Neu-Delhi und Nordindien haben den Konflikt weiter eskalieren lassen. Erst durch das scharfe Vorgehen der staatlichen Sicherheitskräfte in der Unruheprovinz sowie durch einen politischen Ausgleich zwischen der Kongreßregierung und der Akali

³¹ Zur Entwicklung in Südasien vgl. C. Wagner, Nationalbewußtsein und Separatismus in Südasien: Nation-Building und Minderheitenpolitik in Indien, Pakistan und Sri Lanka, in: B. Staiger (Hrsg.), Nationalismus und regionale Kooperation in Asien, Hamburg 1995, S. 58-79.

³² Für einen Überblick vgl. P. Ghosh, Ethnic Conflict and Conflict Management: The Indian Case, Kandy 1996 (International Centre for Ethnic Studies, Pamphlet Series-2).

Dal, einer Sikhpartei, konnte der Konflikt seit Ende der 80er Jahre weitgehend eingedämmt werden.³³

Die Auseinandersetzungen in Kaschmir, die seit Ende der 80er Jahre zwischen der indischen Regierung und aufständischen Muslimseparatisten herrschen, werden durch die anhaltenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan weiter verschärft. Der Konflikt mit Pakistan entzündet sich an der seit 1947 ungeklärten Frage um die endgültige Zugehörigkeit des ehemaligen unabhängigen Fürstenstaates Kaschmir und seiner muslimischen Mehrheit, der seit dem ersten indo-pakistanischen Krieg von 1947/48 geteilt ist. Indien hat das Gebiet von Jammu und Kaschmir weitgehend in die indische Union integriert, obgleich es einen eigenständigen Status in der Verfassung besitzt (Art. 370). Nach den massiven Wahlfälschungen bei der Landtagswahl 1988 zugunsten der Kongreßpartei und der mit ihr verbündeten National Conference wurden Forderungen laut, die nicht mehr den Anschluß an Pakistan, sondern die staatliche Eigenständigkeit propagierten. Unterstützt von pakistanischer Seite tobt seit dieser Zeit ein erbitterter Guerillakrieg zwischen staatlichen Sicherheitskräften und der Armee einerseits und verschiedenen militanten Gruppierungen andererseits, denen nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen bislang mehrere zehntausend Menschen zum Opfer gefallen sein sollen. Nach den Landtagswahlen vom Herbst 1996 und dem Sieg der National Conference bleibt abzuwarten, inwieweit eine politische Lösung zwischen der neuen Regierung in Neu-Delhi und in Srinagar erzielt werden kann.

2. Politische und wirtschaftliche Veränderungen seit Anfang der 90er Jahre

Seit Mitte der 80er Jahre zeichneten sich tiefgreifende Veränderungen im indischen Staats- und Entwicklungsmodell ab. Im politischen Bereich manifestierten sich diese im Niedergang der Kongreßpartei. War sie zu Beginn das Symbol der staatlichen Einheit Indiens, so verlor sie ihre integrative Funktion zusehens. Der Aufstieg von Regionalparteien, die Stimmenverluste der Kongreßpartei in den bevölkerungsreichsten nördlichen Bundestaaten (*Hindi-Belt*), die Abkehr von Minderheiten, die traditionell der Partei nahestanden, und eine zunehmend zentralistische Führung bei fehlender innerparteilich-

³³ Zu Verlauf und Ursachen des Sikh-Konfliktes vgl. M. Tully, S. Jacob, Amritsar, London 1986; M.

cher Demokratie haben die Partei in den letzten Jahren deutlich geschwächt³⁴, was sich auch in den Wahlergebnissen niedergeschlagen hat, wie die folgende Tabelle deutlich macht.

Tabelle 6: Stimmenanteile der Kongreßpartei und Anzahl ihrer Abgeordneten, 1971-1996

Wahljahr	Sitze	Stimmenanteil (in Prozent)
1971	352	43,7
1977	154	34,5
1980	353	42,7
1984	415	48,1
1989	197	39,5
1991	227	36,4
1996	140	28,1

Quelle: Brass 1990, S. 76/77; Maaß 1996, S. 229.

Mit der Ermordung Rajiv Gandhis im Wahlkampf 1991 endete zudem die Kontinuität der politischen Führung der Nehru-Gandhi-Familie abrupt, die stets als Symbol der Partei und der Einheit des Landes gegolten hatte. Die Bemühungen der Parteispitze, Rajivs Frau Sonia zum Eintritt in die Politik zu bewegen, zeigen, welcher Stellenwert dieser Dynastie noch heute zugeschrieben wird. Die Verluste bei wichtigen Landtagswahlen in den vergangenen Jahren, heftige innerparteiliche Personal- und Richtungskämpfe, die 1995 zu einer weiteren Abspaltung führten, Korruptionsskandale der politischen Führung sowie die verheerende Wahniederlage bei den Parlamentswahlen im Mai 1996 haben die Position der Partei weiter geschwächt.

Im ökonomischen Bereich machte die drohende Zahlungskrise des Staates im Frühsommer 1991 deutlich, wie gering der Bewegungsspielraum der indischen Volkswirtschaft war, auf externe Krisen zu reagieren. Bereits in den 80er Jahren hatte die Verschuldung stark zugenommen, wohingegen die ersten Ansätze zur Förderung der Exporte ab Mitte der 80er Jahre nur gering ausfielen. Erst die Kongreßregierung unter Narasimha Rao schlug einen Kurswechsel ein, der mit den Grundsätzen der bisherigen Wirtschaftspolitik radikal brach. Beide Entwicklungen, die Schwäche der Kongreßpartei und

Stukenberg, Der Sikh-Konflikt: eine Fallstudie zur Politisierung ethnischer Identität, Stuttgart 1995.

³⁴ Vgl. zum Niedergang der Kongreßpartei Rudolph, Hoeber Rudolph 1987, S. 127ff.

das gleichzeitige Erstarken hindu-nationalistischer Gruppen und Parteien sowie die wirtschaftliche Liberalisierung machen deutlich, wie sehr sich die wirtschaftlichen und säkularen Grundlagen des indischen Staats- und Entwicklungsmodells mittlerweile im Wandel befanden.

2.1 Neue nationale Akteure: Der Aufstieg der Bharatiya Janata Party (BJP)

Seit Mitte der 80er Jahre hat sich die Bharatiya Janata Party (BJP, übersetzt: indische Volkspartei) zur wichtigsten politischen Partei neben der Kongreßpartei entwickelt. Im Gegensatz zu den Regionalparteien versteht sie sich als nationale Partei, die z.B. bei Wahlen in nahezu allen Bundesstaaten antritt oder entsprechende Wahlbündnisse mit regionalen Parteien eingeht. Die BJP vertritt eine hindu-nationalistische Ideologie (Hindutva) und hat ihre Hochburgen in den hindi-sprechenden Bundesstaaten des Nordens. Sie hat vehement die Ausbreitung von Mißwirtschaft und Korruption unter der Kongreßpartei angeprangert und sich das Image einer Partei der 'Saubermänner' zugelegt. Die deutlichsten Unterschiede zur Kongreßpartei finden sich im ideologischen Bereich. Die BJP fordert, daß die Hindus aufgrund ihrer zahlenmäßigen Mehrheit - rund 83 Prozent der Bevölkerung gelten als Hindus - eine dominante Rolle im Staat einnehmen. Damit wendet sich die Partei gegen die säkularen Prinzipien der indischen Verfassung, wie sie von der Kongreßpartei durchgesetzt wurden, und die religiösen Minderheiten wie Muslimen und Sikhs bestimmte Privilegien zum Schutz zur Religion einräumen.³⁵

Seit Mitte der 80er Jahre haben vor allem die gewaltsamen religiösen Auseinandersetzungen zwischen hindu-nationalistischen Gruppen und den Muslimen in Nordindien zugenommen. Über die Landesgrenzen hinaus bekannt wurde der Streit um den Tempel-/Moscheenkomplex in Ayodhya im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh. Nach Ansicht hindu-nationalistischer Gruppen, wie der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) und der Vishwa Hindu Parishad (VHP), befand sich die dortige Moschee am Geburtsort des Hindugottes Ram. Sie forderten deshalb den Abriß der Moschee, um an deren Stelle

³⁵ Vgl. B. Graham, *Hindu-Nationalism and Indian Politics: The Origins and Development of the Bharatiya Jana Sangh*, Cambridge 1993; J. Rösel, *Ideologie, Organisation und politische Praxis des Hindunationalismus: Lehre, Rituale und Wirkung des RSS und der BJP*, in: *Internationales Asienforum*, 25 (1994) 3-4, S. 285-313.

einen Tempel zu Ehren Rams zu errichten. Die BJP unterstützte diese Forderung in den Wahlkämpfen 1989 und 1991. Nach ihrem Sieg bei den Landtagswahlen 1991 übernahm die BJP die Landesregierung in Uttar Pradesh. Im Dezember 1992 stürmten schließlich Anhänger hindu-nationalistischer Gruppen das Areal und zerstörten die Moschee, ohne daß die bereitgestellten Sicherheitskräfte dies hätten verhindern können.³⁶ Dies hatte nicht nur weitere schwere Ausschreitungen in Nordindien zwischen Hindus und Muslimen zur Folge, sondern führte in den muslimischen Nachbarstaaten Pakistan und Bangladesch zu gewaltsamen Übergriffen auf Hindus und indische Einrichtungen. Das Prinzip des säkularen Staates nahm durch den jahrelangen Rechtsstreit um den Status der Moschee und die Unruhen zwischen Hindus und Muslimen schweren Schaden, da zugleich Erinnerungen an die blutigen Ausschreitungen vor und während der Teilung 1947 wachgerufen wurden. Die Kongreßpartei büßte durch diese Ereignisse ihr Vertrauen bei den Muslimen ein, die lange Jahre als treue Unterstützer der Partei galten, da es die Partei und ihre Führungsspitze aus wahltaktischen Kalkülen versäumt hatte, sich entschiedener gegen die Agitation der Hindu-Nationalisten zu wenden. Mit ihrer hindu-nationalistischen Ideologie konnte die BJP, seit sie sich 1984 zum ersten Mal als eigenständige Partei zur Wahl gestellt hatte, beträchtliche politische Erfolge erzielen, wie die folgende Tabelle deutlich macht.

Tabelle 7: Stimmenanteile der BJP und Anzahl ihrer Abgeordneten, 1984-1996

Wahljahr	Sitze	Stimmenanteil (in Prozent)
1984	2	7,4
1989	85	11,4
1991	119	19,9
1996	161	23,5

Quelle: Thakur 1995, S. 238-240; India Today, 31. Mai 1996, S. 23/24.

War sie 1984 mit lediglich zwei Abgeordnete im Parlament vertreten, so konnte sie die Zahl ihrer Parlamentarier in zwölf Jahren auf 161 steigern. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß dieser z.T. rasante Anstieg auch dem Mehrheitswahlrecht geschuldet ist, wie ein Blick auf den Stimmenanteil der Partei zeigt. Obwohl die Partei bei der

³⁶ Zur Entwicklung und Verlauf des Ayodhya-Konflikts vgl. C. Jürgenmeyer, Koexistenz und Konflikt zwischen indischen Religionsgemeinschaften. Das Beispiel Ayodhya, in: W. Kerber (Hrsg.), Religion:

Wahl 1996 ihren Stimmenanteil nur unwesentlich steigern konnte, errang sie 30 Prozent mehr Sitze im Parlament.

Die politischen Ideen der Hindu-Nationalisten sind nicht neu in der politischen Arena Indiens, sondern waren seit der Unabhängigkeit immer wieder im Meinungsspektrum einzelner Parteien zu finden. Der Aufstieg der BJP in den 80er Jahren geht einher mit der Entstehung einer neuen kaufkräftigen Hindu-Mittelklasse. Die BJP artikuliert die neuen Werte dieser selbstbewußten Schicht, die eine neue kulturelle Eigenständigkeit fordert und zugleich mit den alten Idealen der Kongreßpartei bricht.³⁷ Die Vereidigung des Parteivorsitzenden A.B. Vajpayee nach dem Wahlsieg im Mai 1996 zum neuen Premierminister kann als Höhepunkt der bisherigen Entwicklung der Partei gelten. Wenngleich der damit verbundene Auftrag zur Regierungsbildung scheiterte, so zeigt es doch, daß sich die Partei einen festen Platz im politischen Spektrum des Landes erobert hat.

2.2 Die wirtschaftlichen Reformen seit 1991

Der Versuch der Eigenständigkeit des indischen Staats- und Entwicklungsmodells zeigte sich außenwirtschaftlich in den guten Beziehungen sowohl zum Westen als auch zur Sowjetunion. Seit 1971 waren Indien und die Sowjetunion durch einen Freundschafts-vertrag verbunden und hatten ihre rüstungstechnische Zusammenarbeit und ihre handelspolitischen Beziehungen kontinuierlich ausgebaut. Trotz ihrer Sympathie für sozialistische Ideen und der planwirtschaftlichen Ausrichtung der indischen Volkswirtschaft in vielen Bereichen, hatte die Indische Union aber weiterhin ihre guten politischen Beziehungen zum Westen gepflegt und die Handelsbeziehungen intensiviert. Der Amtsantritt Gorbatschows 1985 in der Sowjetunion und seine tiefgreifenden Reformen, die zum Niedergang sozialistischer Systeme nach 1989 und zur Auflösung der Sowjetunion 1991 führten, blieben auch für die Indische Union nicht ohne Folgen.

Zwei Ereignisse Anfang der 90er Jahre trafen die Indische Union an ihrer empfindlichsten Stelle, der Ökonomie, und machten der politischen Führung deutlich, daß der dritte

Grundlage oder Hindernis des Friedens?, München 1995, S. 83 ff.

³⁷ Vgl. Maaß 1996, S. 233.

Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus auch in der indischen Variante nicht länger zu finanzieren war. Bereits in den 80er Jahren hatten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die indische Wirtschaft kontinuierlich verschlechtert. Vor allem die Verschuldung hatte beständig zugenommen, und der Schuldendienst war zwischen 1984/85 und 1989/90 von 18 auf 27 Prozent gestiegen.³⁸ Die Kriegswirren nach der irakischen Besetzung Kuweits im August 1990 und der zweite Golfkrieg im Januar 1991 führten zur Flucht und Ausweisung von zahlreichen indischen Gastarbeitern aus den betroffenen Golfstaaten. In Folge dieser Krise verteuerten sich nicht nur die Ölimporte, sondern dem indischen Staatshaushalt gingen zugleich wichtige Deviseneinnahmen durch den Ausfall der Rücküberweisungen der Gastarbeiter verloren. Die inneren Turbulenzen in der Sowjetunion und ihre Auflösung 1991 hatten zur Folge, daß einer der wichtigsten Handelspartner und Absatzmärkte der Indischen Union plötzlich verloren ging.

Durch diese Ereignisse ausgelöst, entwickelte sich im Juni 1991 eine schwere Zahlungskrise für den indischen Staat, als dessen Devisenvorräte zusammenschmolzen und Einfuhren nur noch für zwei Wochen finanziert werden konnten. Erschwerend kam die innenpolitische Krise in Indien hinzu, wo die seit November 1990 amtierende Minderheitsregierung von Chandhra Shekhar vollständig von der Unterstützung der Kongreßpartei abhängig war. Ihr Rücktritt im Frühjahr 1991 und der darauf folgende Wahlkampf wurden vom Attentat auf Rajiv Gandhi überschattet, dem Spitzenkandidaten und designierten Premierminister der Kongreßpartei, der dem Land nach den Erfahrungen der Instabilität zwischen 1989 und 1991 eine neue Phase der Stabilität unter der Kongreßpartei versprach.

Neuer Premierminister wurde Narasimha Rao, der angesichts der ökonomischen Probleme einen grundlegenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel vollzog. Um die drohende Zahlungsunfähigkeit des indischen Staats abzuwenden, wurde bereits Ende Juni 1991 die Rupie um ca. 20 Prozent abgewertet. Im Juli verkündete Rao dann die neuen

³⁸ Zur Entwicklung der wirtschaftlichen Situation in den 80er Jahren und den Ursachen der Krise 1991 aus ökonomischer Sicht vgl. V. Joshi, I.M.D. Little, *India: Macroeconomics and Political Economy 1964-1991*, Washington 1994, S. 180-200; M. von Hauff, Die steigende Verschuldung Indiens und ihre wirtschaftlichen Konsequenzen, in: *Internationales Asienforum*, 23 (1992) 3-4, S. 213-226.

Leitlinien für die Wirtschaftspolitik, die mit vielen alten Traditionen seiner eigenen Partei brachen. Er strebte einen weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und eine Öffnung des Landes für ausländische Direktinvestitionen an. Architekt der neuen Wirtschaftspolitik war Finanzminister Manmohan Singh. Wichtigste Schritte der Liberalisierung waren der Abbau der Lizenzen, wodurch 80 Prozent der Industrie vom alten System der Lizenzierung befreit wurde.³⁹ Die gesetzlichen Bestimmungen über Monopolbildung wurden gelockert, so daß indische Firmen jetzt leichter expandieren und Firmenzusammenschlüsse eingehen können. Das industrielle Engagement des Staates wurde von vormals 18 auf mittlerweile sechs Sektoren reduziert⁴⁰ und die staatlichen Preisvorgaben u.a. für Stahl, Aluminium und Zement aufgehoben.⁴¹ Die umständlichen Genehmigungsverfahren für ausländische Investoren wurden deutlich vereinfacht. Ausländische Unternehmen können jetzt in einer Reihe von Branchen 51 Prozent der Anteile erwerben, im Einzelfall sind sogar höhere Beteiligungen möglich. Die Zölle wurden drastisch reduziert, der Spitzenzollsatz wurde von 400 Prozent (1990/91) auf schließlich 50 Prozent (1995/96) gesenkt, der durchschnittliche Zollsatz sank im gleichen Zeitraum von 87 auf 27 Prozent. Zugleich wurde die Einfuhr von Kapitalgütern deutlich vereinfacht.

Die positiven Folgen dieser Maßnahmen waren rasch zu spüren. Die folgenden Jahre brachten einen deutlichen Anstieg ausländischer Direktinvestitionen auf dem indischen Markt, wenngleich diese noch längst nicht den Umfang von Investitionen in China oder den südostasiatischen Ländern erreicht haben. Zwischen 1991 und März 1995 wurden Investitionszusagen von insgesamt 6 Mrd. US-Dollar erzielt. Schwerpunkte der Investitionen sind der Automobilsektor sowie der Bereich der Verbraucherelektronik. Lag das Wirtschaftswachstum im Krisenjahr 1991/92 nur bei 0,9 Prozent, so stieg es in den beiden folgenden Jahren auf jeweils 4,3 Prozent. 1994/95 konnte ein Wirtschaftswachstum von 6,2 Prozent erzielt werden, und die Prognosen für 1995/96 liegen ebenfalls bei über sechs Prozent. Eine Folge der verbesserten Rahmenbedingungen war das Wachstum des

³⁹ Für einen Überblick über die verschiedenen Liberalisierungsmaßnahmen vgl. World Bank, India. Recent Economic Developments and Prospects, Washington 1995, S. 41-65.

⁴⁰ Hierzu zählen Industrien in den Bereichen Verteidigung, Atomenergie, Mineralöl- und Kohleproduktion, der Eisenbahnsektor sowie die Herstellung radioaktiver Materialien.

⁴¹ Vgl. Chopra 1995, S. 54-59.

Exportvolumens, das 1993/94 und 1994/95 um jeweils 19 Prozent wuchs. Der Anteil des Handels (Im- und Exporte) am BIP stieg von 12,7 Prozent in den 80er Jahren auf fast 19 Prozent 1994/95 an.

Die wirtschaftliche Liberalisierung hat neue Probleme mit sich gebracht. Das Haushaltsdefizit ist 1995 auf über 5,5 Prozent gestiegen, und Indien zählt mittlerweile zu den höchstverschuldeten Ländern der Welt. Die regionale Differenzierung hat sich durch die Liberalisierungspolitik weiter vertieft. 60 Prozent der neuen Investitionen seit 1991 entfielen auf die vier Bundesstaaten, Gujerat, Maharashtra, Tamil Nadu und Uttar Pradesh, die 37 Prozent der Bevölkerung repräsentieren. Auch die Auslandsinvestitionen konzentrieren sich auf wenige Staaten, wobei über die Hälfte der Zusagen auf die vier Staaten Delhi, Gujerat, Maharashtra und West-Bengalen entfielen.⁴² Vor allem die ärmeren Bundesstaaten im Osten des Landes, wie z.B. Bihar und Orissa, bieten aufgrund ihrer Industriestruktur mit einem hohen Anteil an Schwerindustrie nur geringe Anreize für ausländische Investoren. Damit dürfte sich nicht nur die regionale sondern auch die soziale Kluft innerhalb des Landes weiter vertiefen.

Probleme bei der Umsetzung der Liberalisierungsmaßnahmen ergeben sich vor allem bei der Infrastruktur und den öffentlichen Unternehmen. Die Infrastruktur gilt besonders in den Bereichen Energie, Telekommunikation und Transport als völlig unterentwickelt oder veraltet. Weitaus größere Probleme und innenpolitische Schwierigkeiten wirft jedoch die Frage nach einer möglichen Reform der zumeist maroden Staatsbetriebe auf Bundes- und Landesebene auf. Die von der Regierung eingesetzte Goswami-Kommission legte in ihrem Bericht schonungslos die Mängel der öffentlichen Unternehmen offen. Eine Schließung unrentabler Betriebe erweist sich aber aufgrund zahlreicher juristischer Hürden und politischer Widerstände als extrem schwierig, so daß das bereits 1987 eingerichtete Board of Industrial and Financial Restructuring (BIFR) bislang keine Schließung von Betrieben durchsetzen konnte. Die Ursachen hierfür liegen sowohl in der bestehenden Arbeitsgesetzgebung, die bei Betrieben über 100 Mitarbeitern eine staatliche Genehmigung für Entlassungen benötigt. Aufgrund der bestehenden Eigentumsregelungen können die Firmen zudem keinen Grundbesitz ohne staatliche

⁴² Vgl. Chopra 1995, S. 21.

Genehmigung für eine mögliche Umstrukturierung veräußern.⁴³ Eine der größten Herausforderungen bildet deshalb die Neufassung der Arbeitsgesetze, die Entlassungen in unproduktiven Betrieben erleichtern sowie die Kürzung von Subventionen für die maroden staatlichen Unternehmen ermöglichen soll. Denn hier sehen nicht nur die Gewerkschaften einen tiefgreifenden Eingriff in ihre Besitzstände. Zugleich verlieren damit auch Parteien und Politiker wichtige Patronagemöglichkeiten. Deshalb ist gerade im Bereich dieser sog. *exit policy* ein verstärkter, politisch motivierter Widerstand gegen eine weitere Liberalisierung zu erwarten.

Die Einstellung einzelner Parteien zum Reformprozeß ist ebenfalls widersprüchlich. Im Wahlkampf 1996 war es vor allem die BJP, die darauf drängte, daß nur bestimmte Bereiche für ausländische Investitionen geöffnet werden sollten. Sie propagierte ein sog. *swadeshi*-Konzept, d.h. eine wirtschaftliche Eigenständigkeit, mit dem Ziel, Investitionen im Konsumgüterbereich indischen Unternehmen vorzubehalten, während im Bereich der Infrastruktur ausländische Unternehmen zugelassen werden sollten. Diese politische Stoßrichtung gegen ausländische Multis führte z.B. in der Hauptstadt New-Delhi dazu, daß die dortige BJP-Landesregierung die vorübergehende Schließung eines Lokals von Kentucky Fried Chicken unter dem Vorwand durchsetzen konnte, daß die Hygienevorschriften nicht eingehalten wurden. Im industriell hochentwickelten Bundesstaat Maharashtra stoppte die Koalitionsregierung der BJP und der hindu-nationalistischen Shiv Sena vorübergehend die Pläne des Multis Enron, ein Kraftwerk zu errichten, welches zugleich die größte ausländische Investition in ganz Indien darstellte. Politiker verschiedener Linksparteien haben gefordert, den Reformprozeß stärker an den Interessen der ärmeren Bevölkerungsschichten auszurichten. Jenseits aller Rhetorik haben führende Politiker der BJP und der linken Parteien auf ihren Auslandsreisen in den Westen aber immer wieder um ausländische Investitionen auch im Konsumgüterbereich geworben. Hervorzuheben ist hierbei die kommunistische Landesregierung der Communist Party of India-Marxist (CPI-M) von Jyoti Basu in West-Bengalen, der sich, entgegen allen kommunistischen Klischees, explizit für die Beibehaltung der wirt-

⁴³ Vgl. Chopra 1995, S. 60/61.

schaftliche Reformen ausspricht und ebenfalls gezielt um ausländische Investitionen wirbt.

Darüber hinaus werden die wirtschaftlichen Reformen durch eine Reihe weiterer nationaler Faktoren und internationaler Entwicklungen unterstützt. Trotz der Diskussionen um Hindu-Nationalismus und religiöse Identität gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens über westliche Werte, wie Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit. Das westlich orientierte Bildungs- und das angelsächsische Rechtssystem werden ebenfalls nicht in Frage gestellt, sondern gelten als genuiner Bestandteil der indischen Gesellschaft. International bemüht sich die Regierung nicht nur um verbesserte Handelsbeziehungen zu den Industrieländern, sondern auch zu den Nachbarstaaten. Ende 1995 trat das SAARC Preferential Trading Arrangement (SAPTA) in Kraft, das durch eine Reihe von Zollsenkungen den intra-regionalen Handel in Südasien verbessern soll. Des weiteren bemüht sich die indische Regierung, ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Staaten der ASEAN zu verbessern und Mitglied in der APEC zu werden.⁴⁴ Neben der SAARC bemüht sich Indien aber auch um neue Zusammenschlüsse zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit, wie z.B. die Indian Ocean Rim Initiative (IORI). Hierbei streben die größten Anrainerstaaten des Indischen Ozeans einen Ausbau ihrer Handelsbeziehungen an. Dadurch könnte ein Wirtschaftsraum entstehen, der Australien, die Wachstumsökonomien Südostasiens, die bevölkerungsstarken Märkte Südasiens, die rohstoffreichen Staaten des Persischen Golfs sowie wirtschaftlich aufstrebende Staaten in Afrika, wie Kenia und Südafrika, miteinander verbindet.

2.3 Die Parlamentswahlen vom Mai 1996

Bereits im Vorfeld der Parlamentswahlen war immer wieder darüber spekuliert worden, inwieweit die Wahlen eine stabile, regierungsfähige Mehrheit hervorbringen würden. Das Jahr 1995 stand bereits ganz im Zeichen der Parlamentswahlen, bei denen die regierende Kongreßpartei bei einer Reihe von Landtagswahlen empfindliche Niederlagen hinnehmen mußte. Sie verlor dabei wichtige Bundesstaaten wie z.B. Maharashtra und Gujerat, die als wirtschaftlich gut entwickelte Staaten bislang am meisten von der Liberalisie-

⁴⁴ Vgl. J. Rüland, Indiens neues Interesse an Südostasien, in: Außenpolitik, (1995) 1, S. 93-98.

rungspolitik der Kongreßregierung profitiert hatten. In beiden Staaten übernahm die BJP und ihre Bündnispartner die Landesregierung.⁴⁵ Innerhalb der Kongreßpartei verschärfte sich der Streit zwischen Premierminister Rao und seinen Widersachern, der zur Abspaltung des All-India Indira Congreß unter der Führung von D. Tiwari führte. Die BJP sah sich ebenfalls innerparteilichen Querelen ausgesetzt. Die Erfahrungen in den von ihr geführten Landesregierungen hatten deutlich gemacht, daß auch die Politiker dieser Partei anfällig für Korruption, Patronage und Affären waren. Eine ernste Krise erwuchs der Partei in Gujerat, als sich ihre dortige Regierungsfraktion entlang von Kastenlinien spaltete. Im September 1995 forderten schließlich Vertreter der BJP den von der Zentralregierung eingesetzten Gouverneur auf, die eigene amtierende Landesregierung abzulösen. Die National Front und die ihr angehörenden verschiedenen Regionalparteien waren ebenfalls mit innerparteilichen Zwistigkeiten beschäftigt. Die Spaltung der Telugu Desam Party (TDP) von N.T. Rama Rao, der die Regierung im Bundesstaat Andhra Pradesh stellte, schwächte zugleich die National Front, deren Vorsitzender Rao war. Desweiteren gab es Unstimmigkeiten darüber, welche Parteien sich der National Front zu welchen Bedingungen anschließen konnten, inwieweit die Ambitionen mächtiger regionaler Parteiführer zum Tragen kommen sollten und wie Beschlüsse für ein gemeinsames Wahlprogramm erarbeitet werden sollten. Vor den Wahlen formierten Parteien der National Front und verschiedene Linksparteien unter dem Namen National Front/Left Front (NF/LF) eine neue Mitte-Links-Allianz. Die Wahlen vom Mai 1996 brachten erwartungsgemäß keine stabilen politischen Mehrheiten. Es standen sich vielmehr drei Blöcke gegenüber, die jeder für sich weit von einer regierungsfähigen Mehrheit von 272 Abgeordneten entfernt waren.⁴⁶ Die Kongreßpartei erlitt eine schwere Wahlniederlage. Sie erhielt zwar noch 28 Prozent der Stimmen, war aber mit 140 Sitzen

⁴⁵ Vgl. im folgenden W. Andersen, India in 1995: Year of the Long Campaign, in: Asian Survey, 36 (1996) 2, S. 165-172.

⁴⁶ Zu Verlauf und Ergebnis der Wahlen vgl. G. W. Kück, , Indien und die Parlamentswahlen 1996. Bemerkungen zur nationalen und internationalen Situation des Landes, in: KAS-Auslandsinformationen, (1996) 7, S. 18ff; C.D. Maaß, Die 11. Nationalwahlen in Indien 1996: Zäsur im politischen System und Indikator der gesellschaftlichen Transformation, in: Internationales Asienforum, 27 (1996) 3-4, S. 225-240; S.K. Mitra, Staatsräson - oder die Verlockungen der Macht, in: Das Parlament, (1996) 24-25, S. 15; J. Richter, Indien nach den Parlamentswahlen 1996. Innenpolitische Entwicklung und regionale außenpolitische Interessenlage, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30-31/96, 19.7.1996, S. 30-39; D. Rothermund, Indien am Scheideweg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41 (1996) 8, S. 945-952.

nur mehr zweitstärkste Partei im neuen Parlament. Dies war seit der Unabhängigkeit das mit weitem Abstand schlechteste Ergebnis für die Partei.

Tabelle 8: Sitzverteilung der Parteien im Parlament nach der Wahl vom Mai 1996

Partei	Sitze
Bharatiya Janata Party (BJP)	161
Indian National Congress (INC)	140
Janata Dal (JD)	46
Communist Party of India - Marxist (CPI-M)	32
Tamil Manila Congress (TMC)	20
Samajwadi Party (SP)	17
Dravida Munnetra Kazhagam (DMK)	17
Telegu Desam Party (TDP)	16
Shiv Sena	15
Communist Party of India (CPI)	12
Bahujan Samaj Party (BSP)	11
Samata Party (SAP)	8
Shiromani Akali Dal (SAD)	8
Andere	31
Unabhängige Kandidaten	9
Gesamt	543

Quelle: Webserver der Interparlamentarischen Union, <http://www.ipu.org>.

Stärkste Partei wurde mit 161 Sitzen erstmals die BJP, obwohl sie ihren Stimmenanteil nur geringfügig hatte ausbauen können. Zusammen mit ihren Bündnispartnern, u.a. der Shiv Sena und der SAD, verfügte ihr Block über insgesamt 188 Abgeordnete. Die Mitte-Links-Allianz der NF/LF errang insgesamt 178 Sitze. Stärkste Parteien innerhalb der Allianz wurde die Janata Dal (JD) mit 46 Abgeordneten, gefolgt von den Regionalparteien aus Tamil Nadu, der DMK mit 17 und dem TMC mit 16 Sitzen sowie der TDP aus Andhra Pradesh mit 16 Mandaten. Die CPI-M aus West-Bengalen, die die NF/LF unterstützt, errang 32 Mandate. Daneben gab es eine Reihe von kleineren Parteien und unabhängigen Kandidaten.

Die Regierungsbildung gestaltete sich entsprechend schwierig und langwierig. Der erste Anlauf zu einer Regierungsbildung mit der BJP war von vorne herein zum Scheitern verurteilt, da keine der anderen Parteien bereit war, eine Koalition mit der BJP und ihren Verbündeten einzugehen. Präsident Sharma beauftragte daraufhin die NF/LF mit der Regierungsbildung. Der NF/LF gelang es, eine Koalition von verschiedenen Links- und

Regionalparteien zusammenzufügen und sich die Unterstützung der Kongreßpartei zu sichern. Damit erreichte dieser Block eine Mehrheit von insgesamt 325 Stimmen im Parlament.⁴⁷ Neuer Premierminister wurde H.D. Deve Gowda, der zuvor Regierungschef im Bundesstaat Karnataka war. Angesichts ihrer Struktur ist die NF/LF weniger eine nationale Partei mit festen Strukturen, als vielmehr eine nationale Koalition verschiedener Regionalparteien.

Die neue Mitte-Links-Regierung der United Front wird den Prozeß der wirtschaftlichen Liberalisierung fortsetzen. Hierfür steht zum einen die Person von Premierminister Gowda, der als Chief Minister Bangalore, die Hauptstadt seines Bundesstaates Karnataka, in den letzten Jahren zielstrebig zum *silicon valley* der Indischen Union ausgebaut hat. Zum anderen steht der neue Finanzminister P. Chidambaram als Garant für die Fortsetzung der Reformpolitik. Er gehörte bereits der vorherigen Regierung von Rao als Wirtschaftsminister an und unterstützte die ökonomischen Reformen, bevor er sich nach parteiinternen Querelen mit dem Tamil Maanila Congress (TMC) von der Kongreßpartei abspaltete. Es ist allerdings zu erwarten, daß vor allem die linken Parteien auf gewisse soziale Zugeständnisse für die ärmeren Bevölkerungsschichten in der Wirtschaftspolitik drängen werden, so daß sich der Reformkurs verlangsamen dürfte. Renommierete Ökonomen haben allerdings darauf verwiesen, daß solche Programme im indischen Kontext durchaus mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Liberalisierung vereinbar sind.⁴⁸ Neben der Fortführung der wirtschaftlichen Reformen und der Bekämpfung der Armut, beabsichtigt die neue Regierung eine stärkere Förderung der Landwirtschaft in den nächsten Jahren.

In der Kongreßpartei brach nach der verherrenden Wahlniederlage ein Streit um den künftigen Kurs aus. Rao mußte sich nach seinem Rücktritt nicht nur wegen Korruptionsaffären vor Gericht verantworten, sondern geriet auch in der Partei unter Druck, die vor allem seiner Person und seiner politischen Strategie die Wahlniederlage anlastete. Trotz der Erfolge in der Wirtschaftspolitik war es nicht gelungen, daraus politisches

⁴⁷ Zu den wichtigsten Parteien dieser Koalition zählen die Janata Dal (JD), Asom Gana Parishad (AGP), Samajwadi Party (SP), Tamil Maanila Congress (TMC), Drawida Munnetra Kazhagam (DMK) sowie die Telugu Desam Party (TDP).

⁴⁸ Vgl. Joshi, Little 1994, S. 351.

Kapital bei den Wählern zu schlagen. Statt dessen wurde die Partei vor allem mit innerparteilichen Querelen und den zahlreichen Korruptionsaffären identifiziert. Minderheiten wie die Muslime hatten sich nach der Zerstörung der Moschee in Ayodhya und dem zögerlichen Verhalten von Premierminister Rao noch stärker von der Partei abgewandt. Die verschiedenen unteren Kasten, die sog. *Other Backward Castes* (OBC), fanden mit ihren Forderungen nach einer stärkeren Berücksichtigung bei Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor mehr Gehör bei Parteien wie der JD. Nach seiner Wahlniederlage wurde Rao in der Partei weitgehend entmachtet. Seine Gegenspieler wie Parteipräsident S. Kesri versuchen die frühere Einheit der Partei dadurch zu stärken, daß sie Dissidenten wie Tiwari, die sich 1995 abgespalten hatten, wieder in die Partei aufnehmen. Auch der Einfluß von Sonia Gandhi ist nach der Wahlniederlage größer geworden. Trotz ihres Erfolges hat auch in der BJP eine Diskussion über den künftigen politischen Kurs der Partei begonnen. Schon aus parteitaktischen Erwägungen wird es für die BJP, die sich bislang vor allem an die Hindus der oberen Kasten wendet, in Zukunft notwendig, sich neuen Wählerschichten zu öffnen, z.B. mittleren Kasten und Minderheiten. Die jüngst begonnene Kontroverse zwischen der Partei und radikalen Gruppen, wie der RSS über die zukünftige Rolle der Hindutva-Ideologie, zeigen, daß die Parteiführung versucht, ihr hindu-nationalistisches Image abzulegen, das von vielen Wählern abgelehnt wird.⁴⁹

Das Wahlergebnis hat auch die soziale Zusammensetzung des neuen Parlamentes grundlegend verändert. Niemals zuvor waren so viele unterschiedliche Kasten, Religionsgemeinschaften, ethnische Gruppen und Stammesgemeinschaften mit ihren politischen Repräsentanten im Parlament vertreten. Vor allem die unteren Kasten (OBCs) sind deutlich stärker als zuvor im Parlament vertreten. Ein Novum ist weiterhin, daß über 50 Prozent der Abgeordneten einen sozialen Hintergrund als Groß- und Mittelbauern haben. Die wachsende regionale Differenzierung spiegelt sich zudem in den insgesamt 28 Regionalparteien im Parlament wider.⁵⁰ Der soziale Differenzierung der vergangenen Jahre hat sich damit im politischen System niedergeschlagen und das Parlament ist jetzt mehr als zu zuvor der Mikrokosmos der Nation.

⁴⁹ Vgl. N.K. Singh, *Hindu Divided Family*, in: *India Today*, 15. Dezember 1996, S. 28-32.

⁵⁰ Vgl. hierzu H. Baweja, *Changing Face of Parliament*, in: *India Today*, 15. Juli 1996, S. 25-36.

Die Wahl kann aufgrund der schweren Niederlage der Kongreßpartei und der stark veränderten sozialen Zusammensetzung des Parlaments als Zäsur im politischen System betrachtet werden. So sehr die Wahlen einerseits die Stabilität des demokratischen Systems mit einem erneuten Regierungswechsel unter Beweis gestellt haben, so sehr zeigen sie andererseits die sozialen Entwicklungen der vergangenen Jahre und machen deutlich, daß in Zukunft eher Koalitionsregierungen das Land regieren werden. Dies wird deutlich höhere Anforderungen an die Kompromißfähigkeit der daran beteiligten Parteien und Politiker stellen als bisher. Es bleibt zu hoffen, daß sich die verantwortlichen Politiker einem solchen Lernprozeß nicht verschließen werden. Denn bislang hat die indische Demokratie keine guten Erfahrungen mit Koalitionsregierungen gemacht. Weder die Koalitionen der Janata nach 1977 noch die der National Front nach 1989 konnten ihre Legislaturperiode beenden. Beobachter gehen deshalb davon aus, daß auch diese neue Mitte-Links-Regierung keine volle Legislaturperiode im Amt bleibt.⁵¹

3. Perspektiven: Das indische Staats- und Entwicklungsmodell der 90er Jahre

Seit der Unabhängigkeit 1947 hat das eingangs skizzierte indische Staats- und Entwicklungsmodell einen bemerkenswerten Wandel durchlaufen. Im politischen Bereich präsentiert sich die indische Demokratie 50 Jahre nach ihrer Entstehung - trotz aller Probleme - als stabiles und konsolidiertes System sowohl institutionell als auch in der Einstellung der Bevölkerung. Die Wahlsiege von Oppositionsparteien auf nationaler Ebene und in den Bundesstaaten zeigen, wie sehr die Bevölkerung trotz Armut, Analphabetisierung und Unterentwicklung ihr demokratisches Stimmrecht schätzen gelernt hat.

Die Wahlergebnisse seit 1989 machen zwei Entwicklungen deutlich: Erstens scheint die Zeit der 'Einparteiendemokratie' der Kongreßpartei vorbei zu sein. Die wirtschaftliche Entwicklung, die zunehmende soziale Differenzierung und die damit einhergehenden neuen Ansprüche der Bevölkerung spiegeln sich zunehmend im Parteiensystem und seiner Ausdifferenzierung wider. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, daß Koalitionsregierungen in Zukunft wohl eher die Regel als die Ausnahme bilden werden.

⁵¹ Vgl. Maaß 1996, S. 240.

Zweitens haben die neuen Ansprüche und Erwartungen den früheren Konsens über das säkulare Staatsprinzip in Frage gestellt. Die Minderheitenkonflikte der 80er Jahre und der politische Aufstieg der BJP können als Beleg für diese Entwicklung gelten. Allerdings dürfte eine hindu-nationalistische Staatsideologie keine dauerhafte Grundlage für die Zukunft des indischen Staatswesens sein, wie die überwiegend negativen Erfahrungen der Nachbarstaaten Pakistan und Sri Lanka deutlich machen, in denen Regierungen versucht haben, die Religion der Bevölkerungsmehrheit gegen die Minderheiten durchzusetzen.

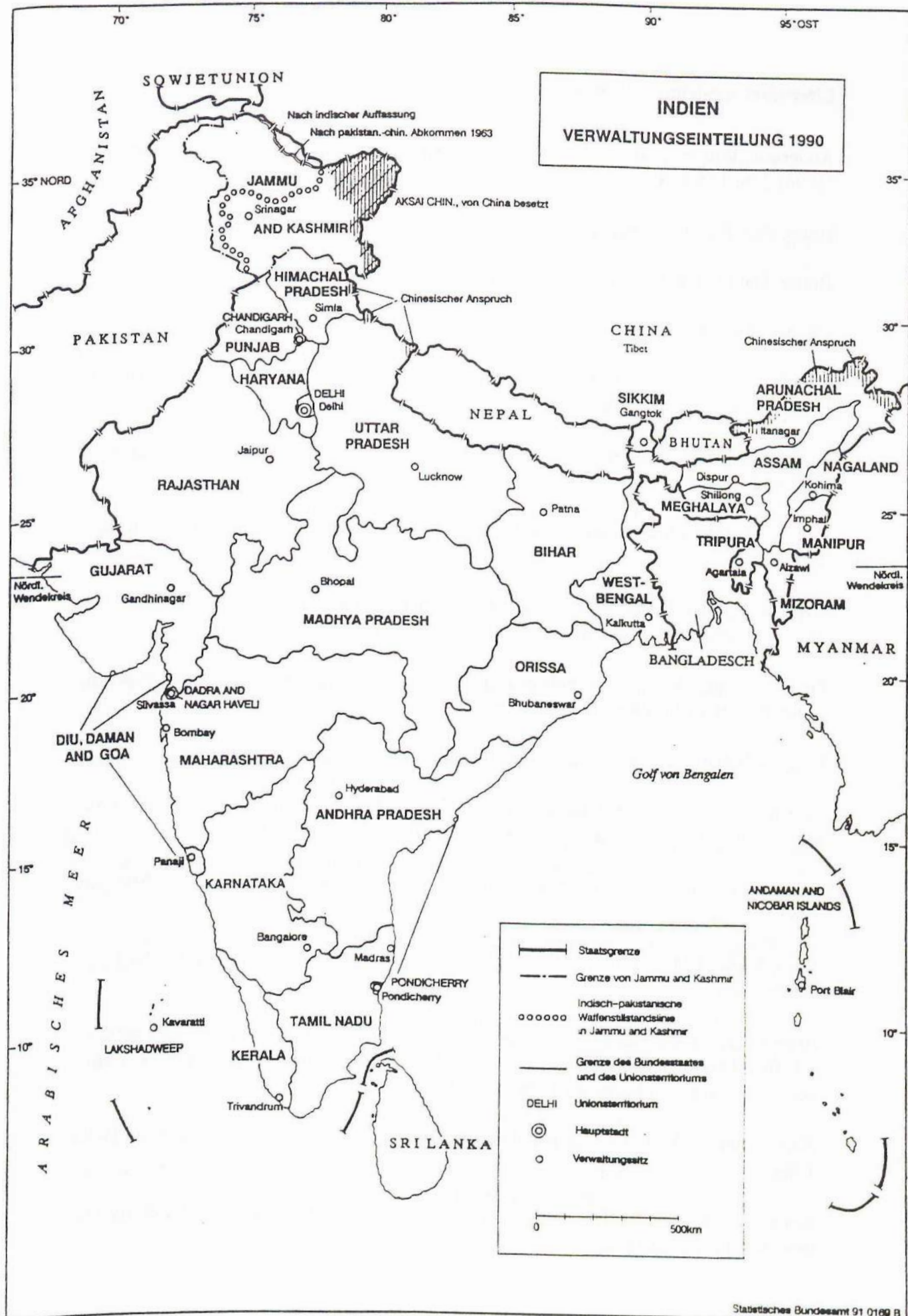
Die gravierendsten Veränderungen im indischen Staats- und Entwicklungsmodell zeigten sich in der Wirtschaftspolitik. Die politischen und ökonomischen Folgen der internationalen Veränderungen nach 1989 haben deutlich gemacht, daß das indische Wirtschaftsmodell der *mixed economy* nicht auf solche Krisen reagieren konnte. Es bleibt allerdings bemerkenswert, daß es gerade die Kongreßpartei war, die den wirtschaftspolitischen Wandel unter Rajiv Gandhi ab Mitte der 80er Jahre einleitete und unter Rao ab 1991 nachhaltig forcierte. Die Partei zeigte damit eine kaum für möglich gehaltene Reformkraft, denn sie brach radikal mit dem Wirtschaftsmodell, welches sie seit der Unabhängigkeit stets gefördert und maßgeblich zu verantworten hatte. Trotz aller Differenzen über die weitere Ausgestaltung der zukünftigen Wirtschaftspolitik sind die Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien in diesem Punkt deutlich größer als in der Frage nach der Zukunft des säkularen Staates und dem Schutz der Minderheiten. Während die Kongreßpartei uneingeschränkt an der bisherigen Liberalisierungspolitik festhält, entwickelt sich eine merkwürdige Allianz der Gegner, die, wie einige Linksparteien, die Reformen um eine soziale Komponente erweitern wollen oder die, wie die BJP, eine stärkere Beachtung der Interessen indischer Unternehmer fordern.

Die nationalen und internationalen Veränderungen konfrontieren das indische Staats- und Entwicklungsmodell mit neuen Herausforderungen. Der größte Unterschied ist dabei der weitgehende Rückzug des Staates aus der Wirtschaft sowie die wirtschaftliche Öffnung des Landes. Das politische System steht damit einer zweifachen Herausforderung gegenüber. Erstens muß es die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen, damit die wirtschaftliche Liberalisierung erfolgreich fortgeführt werden kann. Nur dadurch kann

auf Dauer die Armut nachhaltig reduziert werden. Zweitens müssen weiterhin institutionelle Regelungen und politische Mechanismen gefunden werden, die einen friedlichen Ausgleich zwischen den Forderungen von Minderheiten und den Ansprüchen der Zentralregierung ermöglichen. Beide Prozesse stehen dabei in einem engen Wechselverhältnis. Denn die wirtschaftliche Liberalisierung wird zugleich neue soziale, sektorale und regionale Ungleichheiten hervorbringen, die wiederum als Grundlage für die Ansprüche von Minderheiten nach einer stärkeren Berücksichtigung ihrer Interessen dienen. Das stärkere Gewicht der Regionalparteien im politischen System wird den regionalen Interessen ein stärkeres Gewicht verleihen und zugleich die Diskussion um eine Reform des indischen Föderalismus neu entfachen. Eine neue Balance zwischen diesen divergierenden Entwicklungen zu finden, wird zur zentralen Herausforderung für alle künftigen Regierungen werden.

Die innenpolitischen und internationalen Herausforderungen werden auch in Zukunft für heftige politische Turbulenzen in der Indischen Union sorgen. Allerdings verfügt Indien nicht nur über eine 50jährige Erfahrung im Umgang mit Krisen, sondern vor allem auch über entsprechende institutionelle und politische Regelungen, diese weitgehend friedlich beizulegen. Gerade im Vergleich zu den politisch überwiegend autoritär verfaßten Staaten Ost- und Südostasiens, zeigen sich hier die Vorteile des indischen Modells. Ein politischer Systemwechsel, z.B. eine Demokratisierung in China, wird - in den Augen vieler Experten - weitreichende nationale und internationale Konflikte nach sich ziehen, denn weder die politischen Eliten noch die reformorientierten Kräfte verfügen über Erfahrungen für den Aufbau von Institutionen in einer demokratischen Gesellschaft. Die Entwicklung und Ausgestaltung solcher Strukturen wird, wie in Indien, mit einem langen und schmerzhaften, sowohl gesellschaftlichen wie politischen Lernprozeß verbunden sein.

Daß die Indische Union bislang alle Krisen gemeistert und ihren territorialen Bestand erfolgreich gewahrt hat - vor allem nach 1989 und der neuen Bedeutung von Minderheiten- und Nationalitätenkonflikte für das internationale Staatensystem - dürfte, ungeachtet aller Probleme, das stärkste Argument für die positive Bewertung des indischen Staats- und Entwicklungsmodells sein.



Literaturverzeichnis

- Andersen, Walter, India in 1995: Year of the Long Campaign, in: Asian Survey, 36 (1996) 2, S. 165-178.
- Brass, Paul R., The Politics of India since Independence, Cambridge 1990.
- Butler, David et al. India Decides: Elections 1952-1991, New Delhi 1991.
- Chopra, Ajai et al., India: Economic Reform and Growth, Washington 1995.
- Dehejia, Jay, Economic Reforms: Birth of an „Asian Tiger“, in: P. Oldenburg (Hrsg.), India Briefing, 1993, Boulder 1993, S. 75-101.
- Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Bericht über die menschliche Entwicklung 1995, Bonn 1995.
- Ghosh, Partha, Ethnic Conflict and Conflict Management: The Indian Case, Kandy 1996.
- Gosalia, Sushila, Indien im südasiatischen Wirtschaftsraum. Chancen der Entwicklung zu einem regionalen Gravitationszentrum, Hamburg 1992.
- Graham, Bruce, Hindu-Nationalism and Indian Politics: The Origins and Development of the Bharatiya Jana Sangh, Cambridge 1993.
- Gupta, Bhabani Sen, India. Problems of Governance, New Delhi 1996.
- Hauff, Michael von, Die steigende Verschuldung Indiens und ihre wirtschaftlichen Konsequenzen, in: Internationales Asienforum, 23 (1992) 3-4, S. 213-226.
- Hellmann-Rajanayagam, Dagmar, Tamil: Sprache als politisches Symbol, Stuttgart 1984.
- Joshi, Vijay; I.M.D. Little, India: Macroeconomics and Political Economy 1964-1991, Washington 1994.
- Jürgenmeyer, Clemens, Koexistenz und Konflikt zwischen indischen Religionsgemeinschaften. Das Beispiel Ayodhya, in: W. Kerber (Hrsg.), Religion: Grundlage oder Hindernis des Friedens, München 1995, S. 79-164.
- Kapur, Harish, India's Foreign Policy, 1947-92. Shadows and Substance, New Delhi 1994.
- Kochanek, Stanley A., The Congress Party of India: The Dynamics of One-Party Democracy, Princeton 1968.

Kohli, Atul (Hrsg.), *India's Democracy. An Analysis of Changing State-Society Relations*, Princeton 1988.

Kohli, Atul, *Democracy and Discontent. India's Growing Crisis of Governability*, Cambridge 1991.

Kück, Gert W., *Indien und die Parlamentswahlen 1996. Bemerkungen zur nationalen und internationalen Situation des Landes*, in: *KAS-Auslandsinformationen*, (1996) 7, S. 18ff.

Maaß, Citha D., *Umorientierung der indischen Außenpolitik nach dem Kalten Krieg*, in: *Außenpolitik*, (1993) 1, S. 34-43.

Maaß, Citha D., *Die 11. Nationalwahlen in Indien 1996: Zäsur im politischen System und Indikator der gesellschaftlichen Transformation*, in: *Internationales Asienforum*, 27 (1996) 3-4, S. 225-240.

Mitra, Subrata Kumar, *Between Transaction and Transcendence: The State and the Institutionalisation of Power in India*, in: S.K. Mitra (Hrsg.), *The Post-Colonial State in Asia: Dialectics of Politics and Culture*, Hemel Hempstead 1990, S. 73-99.

Mitra, Subrata Kumar, *Staatsräson - oder die Verlockungen der Macht*, in: *Das Parlament*, (1996) 24-25, S. 15.

Stukenberg, Marla, *Der Sikh-Konflikt: eine Fallstudie zur Politisierung ethnischer Identität*, Stuttgart 1995.

Report of the Independent South Asian Commission on Poverty Alleviation, Meeting the Challenge, Kathmandu 1992.

Richter, Justus, *Indien nach den Parlamentswahlen 1996. Innenpolitische Entwicklung und regionale außenpolitische Interessenlage*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 30-31/96, 19.7.1996, S. 30-39.

Rieger, Hans C., *Wenden in der Sackgasse: Probleme der wirtschaftspolitischen Neuordnung in Indien*, in: *Asien*, (April 1993) 47, S. 16-29.

Rösel, Jakob, *Ideologie, Organisation und politische Praxis des Hindunationalismus: Lehre, Rituale und Wirkung des RSS und der BJP*, in: *Internationales Asienforum*, 25 (1994) 3-4, S. 285-313.

Rothermund, Dietmar, *Indiens wirtschaftliche Entwicklung*, Paderborn 1985.

Rothermund, Dietmar, in: D. Rothermund (Hrsg.), *Indien. Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt. Ein Handbuch*, München 1995, S. 389-408.

Rothermund, Dietmar, Indien am Scheideweg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41 (1996) 8, S. 945-952.

Rudolph, Lloyd I.; Susanne H. Rudolph, In Pursuit of Lakshmi. The Political Economy of the Indian State, Chicago 1987.

Rüland, Jürgen, Indiens neues Interesse an Südostasien, in: Außenpolitik, (1995) 1, S. 93-98.

Tata Services Limited, Department of Economics and Statistics, Statistical Outline of India 1994-95, Bombay 1994.

Tully, Mark; Jacob, Satish, Amritsar, London 1986.

Wagner, Christian, Ohne Standort und Horizont. Indien und sein regionales Umfeld, in: W. von Bredow; T. Jäger (Hrsg.), Regionale Großmächte: Internationale Beziehungen zwischen Globalisierung und Zersplitterung, Opladen 1994, S. 137-150.

Wagner, Christian, Nationalbewußtsein und Separatismus in Südasien: Nation-Building und Minderheitenpolitik in Indien, Pakistan und Sri Lanka, in: B. Staiger (Hrsg.), Nationalismus und regionale Kooperation in Asien, Hamburg 1995, S. 58-79.

Wagner, Christian, Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien, Rostock 1995 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 2).

Wagner, Christian, Indiens Rolle in der Welt: Außenpolitische Herausforderungen im Spannungsfeld nationaler und internationaler Veränderungen, in: Werner Draguhn, Günther Schucher (Hrsg.), Das neue Selbstbewußtsein in Asien: eine Herausforderung? Hamburg 1995, S. 77-91.

Wagner, Christian, Die SAARC: Mehr Kooperation oder indische Hegemonie? in: Guido Eilenberger, Manfred Mols, Jürgen Rüland (Hrsg.), Kooperation, Regionalismus und Integration im asiatisch-pazifischen Raum, Hamburg 1996, S. 121-134.

Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1995, Washington 1995.

World Bank, India. Recent Economic Developments and Prospects, Washington 1995.

Lieferbare Ausgaben der Reihe "Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung":

- Heft 1** Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien
(Jürgen Rüland, 1994)
- Heft 2** Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien
(Christian Wagner, 1995)
- Heft 3** Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer
Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums "Argentinien - Politik,
Kultur und Außenbeziehungen" vom 30.6. - 2.7.1995 in Rostock
(Peter Birle / Nikolaus Werz, 1995)
- Heft 4** Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der
Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
(Jost Bandelin / Gerald Braun / Jürgen Rüland, 1995)
- Heft 5** The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship?
(Jürgen Rüland, 1996)
- Heft 6** Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern
(Nikolaus Werz / Jochen Schmidt)
- Heft 7** Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien
(Christian Wagner, 1997)

19. 05. 05

